

Volksrecht

für Schlessen • Organ für die werktätige Bevölkerung

FRIEDE
FREIHEIT
SOZIALISMUS

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expeditoren Turfstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 3 Pfennig Erdrgerlohn = 0,43 Reichsmark, monatlich 1,33 Reichsmark + 35 Pfennig Erdrgerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptredaktion abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Postfach 5532, Dresdau 5532. Bankkonto: Bank der Arbeiter, 212 39, Redaktion Nr. 212 38, a und Deputen, Filiale Dresdau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresdau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang Dienstag, den 6. Dezember 1932 Nr. 286

SPD. gegen Schleicher

SPD-Fraktion bringt Misstrauensantrag gegen Schleicher ein — Zahlreiche Anträge und Gesekentwürfe der SPD. gegen die soziale Not

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Montag, in der Dienstag-Sitzung des Reichstags ein Misstrauensvotum gegen die Schleicher-Regierung einzubringen. Es wurde ferner beschlossen, für die Wahl des Reichstagspräsidenten den früheren Präsidenten Paul Lobe vorzuschlagen.

Die Sozialdemokratische Fraktion wird verlangen, daß der Reichstag sofort nach seiner Konstituierung die Erklärung der neuen Regierung entgegennimmt und sich dazu eine Aussprache über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen anschließt. Die Fraktion wird sofort einen Misstrauensantrag gegen die Regierung von Schleicher einbringen, da die Zusammenfassung des neuen Kabinetts keine Gewähr dafür bietet, daß sich dessen Politik wesentlich von der des früheren Kabinetts unterscheiden wird. Als besonders notwendig wird die Sozialdemokratie die sofortige Erledigung einer Reihe von ihr eingebrachten Anträgen und Gesekentwürfen fordern. Dazu gehören die Gewährung einer zusätzlichen Winterhilfe für alle Unterhaltungsansprüche und Hilfsbedürftigen, sowie der Erlass einer Amnestie für politische Vergehen und Vergehen aus sozialer Not. Unter diese Amnestie würden auch die Vergehen im Anschluß an den Berliner Verkehrskrieg fallen. Ferner verlangt die Fraktion die Aufhebung der Terrorverordnungen und der Sondergerichte, die Wiederherstellung der sozialpolitischen Leistungen auf den Stand vor Erlass der Notverordnungen vom 11. Juni 1932, Befreiung von Arbeit und eine großzügige Durchführung des Stützungsrechts.

In einer Abend-Sitzung legte die Fraktion am Montag die Einzelheiten der weiteren noch von ihr im Reichstag einzubringenden Anträge fest.

Schleichers Versöhnungsgerede ein großer Bluff

Die Schleicher-Presse redet in diesen Tagen aufällig viel von „Versöhnung“. Sie redet davon im Zusammenhang mit den Absichten der neuen Regierung, die sich selbst bisher behauptet über das Ziel ihrer Politik und das Ziel ihrer „Versöhnung“ ausgeschwiegen hat. Jetzt erfährt man aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, was hinter dem

Versöhnungsgerede steht. Es hat keinen anderen Sinn als der Schleicher-Regierung eine Atempause von zwölf Wochen zu verschaffen, in denen nochmals versucht werden soll, mit Hitler durch neue Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen. Die „Fäden nach rechts“ sollen unter keinen Umständen abreißen und das nie nicht abreißen, versteht sich nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ „niemand heißer als Herr von Schleicher“.

Wir haben hinter dem Versöhnungsgerede nie etwas anderes vermutet, denn wäre es ernst gemeint, dann hätte Schleicher nicht Papens Ebenbild als Reichsinnenminister in sein Kabinett aufgenommen, dann wäre mit der Regierungsbildung mindestens die Vereinfachung des Preußenkonflikts insofern erfolgt, als die rechtmäßigen preußischen Minister rehabilitiert worden wären. Aber daraus deutet Herr von Schleicher ebensowenig wie sein Vorgänger, denn auch er dürfte nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ den Wirrwarr in Preußen mit „Klauen und Zähnen“ verteidigen. Alles das zeigt, daß das „Versöhnungsgerede“ nichts anderes ist als ein großer Bluff, hinter dem die Vorbereitung einer Kampfansage der Regierung Schleicher an die Sozialdemokratie verdeckt. Von einer Regierung, die sich bis auf den Reichsarbeitsminister nur aus Papen-Baronen und Herrn Bracht zusammensetzt, kann ja schließlich auch nichts anderes erwartet werden.

Aus dieser Situation hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, am Montag, nach einer kurzen Debatte über die parlamentarische Lage die einzig mögliche Konsequenz gezogen. Sie hat beschlossen, gegen die Schleicher-Regierung sofort ein Misstrauensvotum im Reichstag einzubringen. Dieser Antrag macht zugleich das Gesekewort der bürgerlichen und kommunistischen Presse zunichte, als ob die Sozialdemokratie auch nur einen Augenblick an eine „Tolerierung“ der Schleicher-Barone gedacht hätte. Wir stehen dieser Regierung nicht anders gegenüber als dem Papen-Kabinetts. Sie mag in der Form vorsichtig taktieren, in der Sache muß sie ebenso reaktionär sein wie die Papen-Regierung, denn schließlich haben wir es in der neuen Regierung mit den alten Männern zu tun. Nur, daß sie nicht mehr im Papen-, sondern im Schleicher-Gewand auftreten.

anzurichten, würde mindestens zwei Drittel des Volkes zu einheitlicher Abwehr mit allen Mitteln vereinigen.

Zu den Schuldigen des Papenkurses gehört aber auch die kommunistische Partei. Indem sie den Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften systematisch unterminierte, schwächte sie die Arbeiterklasse und wurde sie zur Bundesgenossin der deutschnationalen Herrschaft. Gemeinsam mit den Nationalsozialisten machte sie alle Parlamente arbeitsunfähig und begünstigte damit den Aufstieg einer arbeitserfeindlichen Diktatur. Der von ihr mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung geschürte Bruderkampf im sozialistischen Proletariat ist die tiefste Ursache für die Schwächung der Arbeiterklasse und den gefährlichen Machtzuwachs ihrer unerbittlichen Feinde.

An die Stelle des Kabinetts Papen ist ein Kabinett Schleicher getreten, das nahezu ausschließlich aus Mitgliedern der alten Regierung besteht. Auch ihm wird die Sozialdemokratie nicht anders gegenüberstehen, als in der allerhärtesten Opposition.

Sie erblickt in ihm nicht nur die Fortsetzung des bisherigen Kurses, sondern auch die einseitige Vertretung jenes kapitalistischen Wirtschaftsregimes, dessen Verfall mit jedem Tage offenkundiger geworden ist. Unser Kampf gilt nicht nur der Wiedereroberung verlorener Positionen, der Wiedergutmachung begangenen Unrechts, der Sicherung gefährdeter Volks- und Arbeiterrechte, er gilt auch der Herstellung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die jedem Arbeit und Brot sichert.

Genossinnen und Genossen! Für die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sozialismus steht die Partei unerschütterlich im Kampf. Den berechtigten Stolz auf ihre Vergangenheit vereint sie mit der Erkenntnis, daß veränderte Verhältnisse veränderte Kampfmethoden bedingen. Ihre Erfordernisse verpflichten sie zu verstärktem Misstrauen gegenüber dem Klassengegner und zu verdoppelter Leidenschaft im Ringen für die heilige Sache des demokratischen Sozialismus.

Das Jahr 1932, das Jahr der Entscheidung, hat weder der feudalen noch der faschistischen Reaktion den Sieg gebracht. Beider Sterne sind im Sinken. Euch, Genossinnen und Genossen, bleibt die große Aufgabe, Vorkämpfer und Lehrmeister des arbeitenden Volkes zu sein, und seinen Sieg vorzubereiten allen Widerstrebenden zum Trost.

Es lebe die Sozialdemokratie!
Freiheit!
Berlin, den 5. Dezember 1932.
Der Parteivorstand.

An die Partei!

Genossinnen und Genossen!

Das Volk hat den Reichskanzler von Papen gestürzt. Sein Name kennzeichnet für alle Zeiten eine Periode der schwärzesten, politischen und sozialen Reaktion.

Unter seiner Führung übernahm der deutschnationale Herrnkügel die Macht in der Absicht, für den 9. November 1918 Revanche zu nehmen, alle Errungenschaften der Sozialdemokratie — Republik, gleiches Wahlrecht, demokratische Selbstverwaltungen, Tarifrecht, Arbeitslosenversicherung — wieder zurückzuführen. Damit war auch der eigentliche Zweck erfüllt, zu dem die Sozialdemokratie von jedem Einfluß ausgeschaltet und wieder so rechtlos wie in der Kaiserzeit gemacht werden sollte: Es war die Gegenrevolution selbst, die ihren Tag gekommen sah und ihre Herrschaftsansprüche anmeldete.

Die Herrschaft Papens wird in der Geschichte fortleben als eine Herrschaft der Klassenkämpfe von oben, des Massenelends und der politischen Unterdrückung. Hunderte von Menschen fanden in blutigen Auseinandersetzungen auf der Straße den Tod, Tausende wurden verwundet oder füllten die Gefängnisse und Zuchthäuser. Das Versammlungsleben, die Presse, unterlagen den härtesten Bedrückungen. Den Höhepunkt erreichte dieses Wüten der Reaktion mit dem Überfall auf Preußen am 20. Juli, dem eine Massenarrestaktion republikanischer Beamter folgte.

Unterdes wurden durch Notverordnung die Sozialrenten gesenkt, die Löhne gedrückt, das Elend vermehrt, während die als Folge eines Milliardengehens an die Unternehmer angehängte Belastung der Wirtschaft vollständig ausblieb.

Die Dinge waren so weit gediehen, daß jeder Schritt weiter auf dem betretenen Wege zur Katastrophe zu führen drohte. Da erfolgte unter dem Druck der allgemeinen Volksempörung der Rücktritt und die Verabschiedung des verantwortlichen Reichskanzlers.

Das Experiment der „autoritären Staatsführung“ führte zu einem Zusammenbruch. Herrliche Zeiten waren dem deutschen Volke versprochen, wenn es nur gelang, den Einfluß der Sozialdemokratie auszuschalten. Ein ungeheures Trümmersfeld ist das Ergebnis.

Mit dem Sturze Papens ist die Reaktion noch nicht besiegt. Der Kampf geht mit unverminderter Schärfe weiter gegen alle Schuldigen dieses fürchtbaren Unheils.

Die Nationalsozialistische Partei hat dem deutschnationalen Herrnkügel den Weg zur Macht gebahnt. Hitler hat nicht nur die Bildung des autoritären Kabinetts Papen gebilligt, er hat sogar noch in seinem Brief an den Reichspräsidenten vom 24. November feierlich seine Bereitschaft erklärt, gemeinsam mit dem Großteil dieses reaktionären Kabinetts eine neue Regierung zu bilden. Jetzt beginnt er in Reichstagswahlen die Früchte seines Betrugs zu ernten.

Es wird für alle Zeit das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksstimmung begann. Dieser Abstieg wird kaum weniger schnell erfolgen, als sich der Aufstieg vollzogen hat.

Das deutsche Volk steht mit wachsenden Mehrheiten eine Diktatur des Nationalsozialismus ab. Jeder Versuch, sie dennoch

Die Besprechungen in Genf

Soll die Abrüstungskonferenz geschlossen werden?

Am Montagabend fand anlässlich eines Dinners bei Macdonald die erste gemeinsame Besprechung der Vertreter der fünf Großmächte über die Gleichberechtigung und Sicherheit statt. Es nahmen teil: Neurath, Norman Davis und Hugh Wilson, Macdonald und Simon, Herriot und Paul Boncour sowie die Italiener Aloisi und Rolfi. Neurath wurde vorher von Macdonald über die bisherigen Gespräche unterrichtet.

In der Besprechung zwischen den Engländern, Amerikanern und Franzosen entwickelte Norman Davis einen Vorschlag, der offenbar auf seine persönliche Initiative zurückgeht. Danach soll durch die Generalkommission der Abrüstungskonferenz eine Komitee eingesetzt werden, das bis Mitte Januar 1933 dem Entwurf eines Vorvertrags ausarbeiten soll auf der Grundlage der Beratungsentscheidung vom 23. Juli. Der dann abzuschließende Vorvertrag soll bis März 1936 laufen, dem Bestimmungstermin des Washingtoner Flottenvertrags. Die Fragen der Sicherheit und der Gleichberechtigung sollen ihre Lösung ebenfalls in drei Jahren finden, da man hofft, wenigstens in dieser Zeit einen Weg zu finden. Inzwischen soll eine gemeinsame Erklärung erfolgen, daß die Lösung der Sicherheitsfrage notwendig und der Anspruch auf Gleichberechtigung berechtigt seien. Zu diesem Vorschlag, der praktisch das Scheitern der Abrüstungskonferenz bedeuten würde, und weder Frankreichs Ansprüche noch Deutschlands Forderungen in irgendeiner Weise erfüllen könnte, hat bisher noch keine der Delegationen Stellung genommen. Das dürfte am Montagabend geschehen.

Eine neue Reichstagsfraktion

Die Reichstagsgruppen der Deutschen Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes, dem sich bereits der ehemalige Hannoverscher Abgeordnete hat, haben sich zu einer Fraktion der technischen Arbeitervereinigungen (TAV) zusammengeschlossen. Die politische Selbstständigkeit der beiden Gruppen bleibt durch die Bildung dieser technischen Fraktion unberührt. Die neue, neunte Fraktion des Reichstages zählt 17 Mitglieder. Sie setzt sich zusammen aus elf Volksparteilern, fünf Christlich-Sozialen und einem Deutsch-Hannoveraner.

Die Lehren von Thüringen

Neue schwere Niederlage des Nazis bei den Gemeindevahlen NSD. höhere Verluste als SPD. — SPD. relativ gewonnen gegenüber 6. November

Die Thüringer Gemeindevahlen haben das Bild der Wahlen von Bremen und Lübeck bestätigt. Der Rückgang der Nationalsozialisten geht unauflöslich weiter. Gemessen am Rückgang der Wahlbeteiligung hat die Sozialdemokratische Partei sich gut behauptet, mehr noch in den Landkreisen als in den Städten. Da noch ein exakter Ueberblick über den durchschnittlichen Rückgang der Wahlbeteiligung fehlt, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit erkennen, ob die Sozialdemokratie ihre Stellung vom 6. November nur relativ behauptet hat oder ob sie darüber hinaus noch relativ gewonnen hat. Allein die Wahlergebnisse vom 6. November sind kein Ausgangspunkt für eine ernsthafte Kritik. Wir sind deshalb, obwohl wir uns auf behauptet haben, nicht zufrieden mit diesem Ergebnis. Es genügt uns nicht, daß die Kommunisten uns gegenüber verloren haben, es genügt uns auch nicht, daß die Nationalsozialisten gegenüber dem 6. November neue erhebliche Verluste erlitten haben.

Für die Sozialdemokratische Partei gilt es, die Massen der Enttäuschten, die sich vom fruchtlosen Scheinradikalismus der Nationalsozialisten und Kommunisten abkehren, zu sammeln für sozialistische Ziele. Unsere Aufgabe ist es nicht, uns zu behaupten, sondern vorwärts zu marschieren. Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Thüringen wird uns deshalb zu vermehrter Tätigkeit anspornen. Es zeigt uns zugleich deutlich die große Aufgabe, zu sammeln und aufzuklären, was von Kommunisten und Nationalsozialisten wieder hinweggeweht ist!

Für die Reichspolitik ist der Ausgang der Thüringer Wahlen von großem politischen Interesse. In der Tendenz zeigt sich neben den Verlusten der Nationalsozialisten ein Wiederaufholen der Mitte und vor allem des Landbundes in Thüringen. Was die drei großen politischen Parteien Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten anbelangt, so gibt ein annäherndes Gesamtergebnis das folgende Bild:

	4. Dez.	6. Nov.	Verlust in Proz.
Sozialdemokraten	190 038	212 262	22 224 10,5
Kommunisten	142 847	164 869	22 022 13,3
Nationalsozialisten	252 438	329 329	76 891 23,3

Diese Ergebnisse umfassen die Orte Eisenach, Weimar, Altenburg, Gera, Gotha, Greiz, Apolda, Sonneberg, Jena, Arnstadt, Rudolstadt, Zeitz, Mehlis, Jümenau und die Landkreise Gera, Weimar, Schleiz, Greiz, Sonneberg, Eisenach, Altenburg, Meiningen, Arnstadt, Stadtrudau, Hildburghausen, Saalfeld, Kamberg, Sonderhausen.

Die gemauerten Verluste der Nationalsozialisten treten zu den Verlusten vom 6. November noch hinzu! Diese Wahl war für die Nationalsozialisten von größter Bedeutung, nicht nur in ihrer äußeren Stellung zur Reichspolitik, sondern auch innerparteilich. In der Nationalsozialistischen Partei haben vor der Wahl die Anhänger der unbedingten und unentwegten Opposition gerungen mit den Vertretern jener Richtung, die sich Schleicher gegenüber tolerierend verhalten wollten. Die Chancen waren für die Nationalsozialisten in Thüringen nicht ungünstig. Nach ihrem ersten Regierungsexperiment waren sie längere Zeit ausgeschaltet gewesen und hatten diese Zeit zu fruchtbarer Agitation benützt. Sie sahen jetzt erst etwa ein halbes Jahr wieder in der Regierung. Die Nationalsozialistische Parteiführung hat deshalb in Thüringen den Versuch unternommen, die Rückgangsbewegung anzuhalten. Sie hat alle verfügbaren Kräfte, darunter Goebbels und Hitler selbst nach Thüringen berufen. Sie wollte nicht nur die Entmutigung ihrer Anhänger aufhalten, sie wollte zugleich dem Reichspräsidenten gegenüber ihre Stärke demonstrieren. Beides ist nicht gelungen, und deshalb zeigt sich im Kreise der unentwegten Oppositionsanhänger in der NSDAP tiefe Verzweiflung. Das Berliner Nazi-Organ erschien am Montagabend mit größter Heftigkeit: „Die Lüge von den Naziverlusten. Prozentuale Gewinne gegenüber Bürgerlichen und SPD.“ Unsere Tabelle zeigt, daß diese Parole den Tatsachen geradezu ins Gesicht schlägt. Wenn angesichts der klaren Zahlen solche Parolen ausgegeben werden, so ist das ein deutliches Symptom der Angst, und wenn die Nationalsozialisten jetzt eifrig mit Herrn Schleicher wegen einer Tolerierung verhandeln, und wenn sie bereit sein sollten, ihn zunächst bis zum Januar zu tolerieren, so liegt darin nichts anderes als die Erkenntnis ihrer Schwäche.

Aber auch die Hoffnungen der Kommunisten sind enttäuscht worden. Sie haben ihre Stellung gegenüber der

Sozialdemokratie erheblich verschlechtert. Die Bewegung zur Kommunistischen Partei hin hat sich in Thüringen nicht weiter fortgesetzt, sie ist vielmehr schon erheblich gesunken!

Die Politik der bloßen Agitation und des Scheinradikalismus kann vorübergehende Chancen haben, aber: wie gewonnen, so gerzonnen! Auf die Dauer wird der Erfolg mit der Partei sein, die ernst und selbstbewußt praktische Auswege aus der Not zeigt, großzügige, wirklich radikale, unumstößliche Auswege, und die solche Auswege vertritt im Kampfe gegen alle Veruche, das bürgerliche System und die bürgerliche Herrschaft zu retten. Eine Politik, die auf große realistische Ziele eingestellt ist und sie unentwegt vertritt, das ist des Erfordernis der Stunde. Die Sozialdemokratische Partei wird es beherzigen.

Schleicher verhandelt um Vertagung

Das Zentrum vermittelt und ist für Vertagung des Reichstages bis Januar — Nazis sollen nicht abgeneigt sein

Die Regierung Schleicher hat alles daran, um eine möglichst lange Vertagung des Reichstages zu erreichen. Es ist der Wunsch der Regierung, daß der Reichstag nach seiner Konstituierung und der Erledigung einiger dringender Geschäfte bis zum 15. Januar wieder in Ferien geht. Schleicher ist nicht abgeneigt, dafür einen Kompromiß durch Entgegenkommen an gewisse Parteien zu zahlen.

Am Montag hat der Reichspräsident über eine möglichst lange Vertagung des Reichstages u. a. auch mit dem Zentrumsführer Kaas verhandelt. Kaas hat der von der Regierung erbrachten Vertagung für die Zentrumspartei zugestimmt. Das Zentrum wird sich nunmehr Schleichers zugleich zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten vermitteln. Verhandlungen wurden zu diesem Zweck bereits am Montag eingeleitet. In maßgebenden Zentrumskreisen hegt man nach dem Verlauf dieser Besprechungen die Hoffnung, daß die Nazi-Fraktion für eine längere Vertagung zu gewinnen sein wird. Bisher haben Hitler und Genossen immer großspurig erklärt, daß sie auch der Schleicher-Regierung keine „Anlauf- und Bewährungsfrist“ geben werden. Unmöglich ist aber bei diesen selbsternannten Prinzipienreitern nichts. Für den Fall einer Verhandlung über die Vertagung soll die Regierungserklärung erst im Januar abgegeben werden. Scheitern die Bemühungen, dann ist mit der Abgabe der Regierungserklärung für Mitte Dezember zu rechnen. In diesem Falle dürfte die Regierung versuchen, alle Abstimmungen bis in den Januar hinauszuzögern.

Vorausichtlich wird der Reichstag zunächst drei Tage zusammenbleiben. Am Dienstag wird er sich konstituieren und am Mittwoch und Freitag u. a. einen nationalsozialistischen Antrag über die Stellvertretung des Reichspräsidenten im Falle seiner Verhinderung oder seines Todes behandeln. Am Donnerstag wird wegen des katholischen Feiertages keine Sitzung abgehalten.

Die Zentrumspartei des Reichstages sprach sich am Montag für eine Vertagung des Reichstages aus. Sie beschloß ferner, den Abs. 108 wieder zum Vizepräsidenten des Reichstages vorzuschlagen.

In Uebereinstimmung mit unserer Melbung stellt auch die Berliner „Germania“ fest, daß die Nationalsozialisten eine gewisse Bereitschaft zu einer Vertagung des Reichstages erkennen lassen, daß sie ihre Zustimmung allerdings von gewissen Voraussetzungen abhängig machen wollen, bei denen die Amnestiefrage im Vordergrund steht. In politischen Kreisen sei man ebenfalls der Auffassung, daß die Vertagung, die einen Aufschub der politischen Entscheidungen bis zum Januar bedeuten würde, durch eine Mehrheit des Reichstages beschlossene werde. Falls jedoch die nationalsozialistische kommunistische Mehrheit sich in Funktion treten und Mißtrauensanträge beschließen oder die erlassenen Notverordnungen aufheben sollte, wäre mit einer Auflösung des Reichstages zu rechnen. Die Auffassung, daß dem neuen Kabinett eine solche Vollmacht nicht zur Verfügung stehe, werde von unternichteter Seite entgegnet werden.

Neueres Gesamtergebnis

Weimar, 6. Dezember. (Eigener Fundbericht.) In Thüringen sind am Sonntag bei den Stadtrats- und Kreisratswahlen in den zehn Kreisstädten und bei den Kreisratswahlen in den 16 Landkreisen nach einer privaten Zählung insgesamt folgende Stimmen abgegeben worden:
NSDAP. 262 662 gegen 341 230 am 6. November und 423 048 am 31. Juli. SPD. 188 227 (209 784) am 6. 11. und 231 221 am 31. 7. 1933. KPD. 160 198 (176 404 am 6. 11. und 150 221 am 31. 7.). Thüringer Landbund 69 016 (69 492 am 6. 11. und 54 865 am 31. 7.)

Dieses Gesamtergebnis bestätigt die Tendenz, die aus den Einzelergebnissen bereits erkennbar war. Die Nationalsozialisten haben im Vergleich zum 6. November 80 000 Stimmen verloren und im Vergleich zu dem Ergebnis vom 31. Juli nicht weniger als 160 000 Stimmen. Der Nimbus, als ob sie einig die Mehrheit erhalten könnten, ist endgültig dahin.

Der Ausgang der Wahlbeteiligung betrug also 16 Prozent. Die SPD. hat aber nur 10 Prozent Stimmen weniger erhalten, also 6 Prozent gewonnen, die Nazi haben dagegen 23 Prozent Stimmen weniger erhalten also weitere 7 Prozent verloren, die KPD. hat 16 Prozent Stimmen eingebüßt, also weder verloren noch gewonnen, hat also wesentlich schlechter abgefahren als die SPD.

Nazi-Antrag wegen Vertretung des Reichspräsidenten

Der von der nationalsozialistischen Fraktion im Reichstag beantragte Initiativgegenstand, der die Stellvertretung des Reichspräsidenten regeln soll, hat folgenden Wortlaut:

1. Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten.
2. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentenämter bis zur Durchführung der Neuwahl.

Die Einleitungsformel weist darauf hin, daß dieses Gesetz mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muß.

Nazi-Fraktion bisher nicht gegen Schleicher

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hielt am Montag im Hause des Reichspräsidenten Göring eine mehrstündige Sitzung ab, in der Hitler über die politische Lage referierte. Von den biden Tönen die er während des Thüringer Wahlkampfes gegen die Regierung Schleicher gerichtet hat, war in seinem geistigen Ausführungen nichts mehr zu vernehmen. In dem offiziellen Bericht über die Fraktionssitzung und über die Rede Hitlers verbreitet wurde, nicht ein Wort, viel weniger ein Satz gegen die Regierung Schleicher, dem von nationalsozialistischer Seite angeblich weder eine Anlaufsmöglichkeit noch eine Bewährungsfrist gegeben werden soll. Der Bericht bestätigt die Annahme, daß die Nationalsozialisten auch dieses Mal wieder das Gegenteil von dem tun, was sie propagiert haben, und zwar in der Hoffnung, daß die Futurorkippenjäger schließlich doch noch mit von der Partie sein werden.

Wieder mildes Urteil gegen SA-Strolche

Die Strafkammer in Stuttgart verurteilte nach dreitägiger Verhandlung fünf SA-Strolche wegen eines Ueberfalls auf das Thüringer Arbeitersekretariat zu ein bis sechs Monaten Gefängnis. Drei Nazis wurden freigesprochen. In der Nacht vom 31. Juli war ein Haufe SA-Leute unter der Führung eines ehemaligen Schupo-mannes vor das Arbeitersekretariat gezogen. Sie schlugen das Hofstor ein. Als sie dann auch die Haustüre demolieren begannen, trat ihnen eine Reichsbannerwache entgegen, die solange standhielt, bis die Polizei erschien. Wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und gefährlicher Körperverletzung, begangen an einem Wächmann, erhielt der Rädelsführer sechs Monate Gefängnis während der Rest der Angeklagten noch viel billiger und angenehmer davonkam. Daß obendrein einer der republikanischen Wächter, der rechtswidrige Angriffe abgewehrt hatte, wegen Körperverletzung verurteilt wurde, rundet das Bild dieses Prozesses.

Bahn-Europa 1934

Von Hanns Gohla

Deutsche Rechte: Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf
8) (Nachdruck verboten)

Capponis Finger schied: sich wieder über die Karte, Deutschland! Der Berliner Vertrag hat dort kein Wort getan. In einem kommenden Weltkrieg würde Deutschland um nichts in der Welt Schutter an Schutter mit Frankreich stehen. Roms Politik hat sich in Berlin viele Freunde gewonnen, ein Teil von ihnen sieht schon in gegenwärtigen Reichskabinett, das seit einem Jahr am Ruder ist, mit klarer Frontstellung gegen die sozialistischen und demokratischen Parteien. Also im Norden winkt kein Freund! — Und hier schwimmt England! — Capponis Finger umkreist langsam die Insel. Am Nachmittag hat der englische Botschafter bereits zweimal vorgeschlagen: „Hände weg von Palästina!“ rief er aus, „Joni kommt unerschütterlich der europäischen Kräfte!“ Ja, ja, Capponi vernicht Englands Sorgen; sein Mund lächelt respektlos. Seit drei Monaten wird Regiment um Regiment aus dem Mutterland nach Indien transportiert. Englands stolze Kolonie brennt lichterloh! Die vor vier Jahren hingehaltenen Projekte haben die Indier nicht befriedigt, jetzt kämpfen sie mit Gewalt um ihr eingeborenes Recht. Jeder Fehlschritt in Europa weiß, daß sich diesmal England in Indien verhalten wird. Der Briten ist also ein Mann mit gebundenen Händen.

Capponi hat wieder keine Trümmersorgen. Nur das gepaltene Kinn ragt drohend vor. Langsam weigt er sich über den Tisch, schließt achlos die Depeschentasse zur Seite. In Stichworten formuliert er auf einem Blatt die Antwort an Belgien: „Der italienische Gesandte hat der belgischen Regierung verbindlich zu erklären, daß Italien bis morgen früh acht Uhr die bedingungslose Räumung Albanien erwartet.“ Langsam greift die breite, knochenige Hand des Duce zum Telefon:

„Bitte den Staatssekretär des Außenamtes zu mir!“
„Frankreich und Leben!“ — Das Wortes spricht zur gleichen Stunde der französische Ministerpräsident Paul Painlevé. Belgien hat ihm seinen Kenntnis von dem Ultimatum gegeben, das Herr Capponi auf acht Uhr des nächsten Morgens befiehlt hat. Belgien fragt Belgien an: Was nun? — Saint-Brice streift unachtsam mit schmalen Fingern den weißen Raschelbart. Herr

Capponi diktiert! Ist das jetzt Diplomatenbrauch in Europa? Der Blick des Greises, eines Siebzigers, streift nach der anderen Ecke des Schreibtisches. Dort liegt der Füllnapf des „Seltos“: „jede andersgeartete Kombination entfällt!“ Das ist auch Diktat! — Der Greis wiegt mißbilligend den Kopf. Selbstverständlich will auch er den Frieden, aber wer, in des Himmels Namen, spielt von Anfang an mit offenen Karten! Der Ministerpräsident erhebt sich und geht mit raschen, jugendlichen Schritten durch das Zimmer. Sein Gesicht ist vor Erregung leicht gerötet und kontrahiert zu der schneeweißen Haarfülle, die wie eine kostete Perle die geistvolle Stirn umrahmt und in gepflegter Frisur tief über den Hinterkopf herunterfällt.

Seit fünfzehn Jahren steht Frankreich zu, wie Italien seine Vormachtstellung im Mittelmeer auszubauen trachtet. Frankreich läßt sich nicht auf den zweiten Platz verweisen! Was gehen die Welt Italiens Bevölkerungsjahren an? Jede Nation hat sich in dem Best einzurichten, das Natur und Schicksal ihr geschenkt haben. Man kann nicht, wie Italien, jahrelang sein Volk zur Fruchtbarkeit aufzueifeln und dann, wenn das Haus zu eng wird, nach neuem Raum streuen!

Saint-Brice steht auf die Uhr. Ein Uhr nachts. In einer halben Stunde beginnt im Palais de l'Élysée der Ministerrat. Mit elastischen Schritten steigt der greise Regierungschef die treppchenbelegten Stufen des Ministerpalais hinunter.

Amerikas Uhren zeigen die elfte Nachtstunde an. Vor vierzig Minuten hat der „Seltos“ die Rüste des neuen Kontinents überflattert, hart vorbei an New Jersey. Im Norden war für kurze Zeit der Lichtschein des fernem New York zu sehen gewesen. Der „Seltos“ hat jetzt Südwestwärts. In einer Stunde wird er über Washington fliegen.

Brandt sitzt am Führerplatz. Ein junger E-Teil weht seinen fremden Atem heran. Wieviel Zukunft hat dieses Amerika! Wie beruhigend ist Tugend von Menschen und Ländern! Und doch fällt ihm Brandt in dieser Stunde dem alten, vom Sotras zerfressenen, von Fiebern gelähmten Europa angedrückt, das zukunftsträchtig ist — trotz allem!

Brandts Gebirgs-Haupter hinter Brandts Schulter. London. Amlich. Er hält keinen Mund dicht an das Ohr des Ministers und hat den Füllnapf vor. Drei Uhr nachts. — Rom hat Belgien in ultimativer Form angedrückt, bis heute acht Uhr morgens das albanische Gebiet zu räumen. Der italienische Schritt hat überall harte Schreie hervorgerufen, da der inoffizielle verjammelte Rat des Völkerbundes vor völlig veränderte und ver-

schärft Tatsachen gestellt wird. London bietet alles auf, um so rascher, friedlicher Lösung beizutragen.

Brandt umkrallt das Höhensteuer, als wollte er den „Seltos“ geradenwegs auf die Erde aufliegen lassen. Die Not da hinten im Osten stinkt herauf vom fernen „Seltos“! Das also ist Capponis Antwort auf Brandts Appell, normale Zustände herzustellen? Verküsst Europa die Bestimmung? Ultimatum! Was ist die lächerliche Geize, hinter der nichts steht! Machtgebärde, die nur Gelächter auslösen kann! Wer will heute in Europa noch seinen Nachbarn durchsetzen gegen die Völker!

Von Süden her knattert es entgegen. Zwei amerikanische Flugzeuge mit Lichtern holen feierlich den anfliehenden „Seltos“ ein. Washington glitzert wie ein Meer von Leuchtskären. Der „Seltos“ drückt seine schwebende Fahrt. Gebrochene Wellen schlagen über der goldgelbe „Seltos“ in der Kurve. Die Rotoren kloppen ganz ab.

Der Heliemogel schießt im Gleitflug zur Erde, hinein in den dröhnenden Jubel einer berauschten Menge, die Frankreichs Außenminister grüßt.

VI.

Der hohe Bau, den sich die Nationen schufen als Symbol der Kraft und Eintracht, wirft in der Nacht auf den 22. August 1934 seine Lichtbündel heraus auf das schlafende Genf.

Seit zwei Uhr sind die vierzehn Weltweisen am runden Tisch vereint. Grün verhangene Lampen geben behagliches Licht. Die fähigen und nichtfähigen Ratsmitglieder in sachlich geformten Sesseln, zwischen weichen und schlaffen Polstern. Vor jedem Platz liegt die berühmte Ledermappe, Papier, Füllfederhalter, Zigarettenkasten weht über den Köpfen blaue Schleier.

Man steht es den vierzehn Gefährten an: Bitte, um keinen Preis Erregung dokumentieren! Die Sache ist viel zu wichtig, um darüber rote Köpfe zu bekommen. Hier wird jedes Wort auf die Goldwaage gelegt, und so sich dennoch ein stärkerer Laut vorwagt, wird mit nachsichtigen, sanft verwarnendem Babel quillert. Hier, an diesem runden Tisch muß die Formel gefunden werden, die die Regenschirm der Völker ist. Sonst wankt der Boden unter den Füßen.

Der Françoise, der den Vorsitz führt, spricht über eine Stunde. Er betrachtet den Fall von allen Winkeln, ohne Leiden schaft. Wer hat die Streitigkeiten in Albanien veranlaßt? Wer ist der Schuldige? Ueberhört der süßlammige Posten seine Machtbefugnis?
(Fortsetzung folgt.)

Eine Tragikomödie

Die innere Unfähigkeit des Reichsbürgertums demonstriert an der „Schlesischen Zeitung“

A. Kr. Sicherlich werden mit uns zahlreiche Politiker aus verschiedensten politischen Lagern von ganz rechts bis ganz links neugierig gewesen sein, wie sich die „Schlesische Zeitung“ deren halbes Jahr und Herrschanten in den letzten Monaten als allgemeines Aufsehen erregt hat, zu der Bildung des Reichsbürgertums stellen würde. Diese Stellungnahme ist in dem Sonderheft der „Schlesischen Zeitung“ vom 1. Dezember 1933 enthalten. Sie ist außerordentlich merkwürdig und enthält zwischen den Zeilen eine abermalige politische Wertung des genannten Blattes. Bisher ist die „Schlesische Zeitung“ für eine Wirtschaftspolitiker eingetreten, die eine Wiederherstellung des Privatkapitalismus zum Ziele hatte. Sie hat die Wirtschaftspolitik der Regierung Papen verteidigt, die Wirtschaftspolitik der Regierung Papen aber rein kapitalistisch eingestuft, und ihre Aktion zur Überwindung der Wirtschaftskrise lief auf eine Förderung des privaten Kapitalismus hinaus. Das offen ausgesprochene Ziel der Wirtschaftspolitik dieser Regierung war, die in dem letzten Jahrzehnt erfolgten Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben, die eine Abschwächung der privaten Unternehmerrkraft zum Ziele hatten, wieder auszumergen und dem privatkapitalistischen Profitstreben der kapitalistischen Unternehmer eine freie Bahn zu schaffen. Die „Schlesische Zeitung“ glaubt nun, die Bildung der Regierung Schleicher eine grundsätzliche Wendung von dieser Wirtschaftspolitik bedeute und eine Anwendung der staatlichen Wirtschaftspolitik zum Staatskapitalismus. Das veranlaßt sie aber keineswegs, jetzt gegen diese Schleicher unterworfenen Protest einzulegen und ihm Vorwürfe anzuhängen, sondern das Blatt findet sich damit ziemlich ab und stellt sich sogar ziemlich positiv dazu.

Was die „Schlesische Zeitung“ sachlich dazu ausführt, zeugt allerdings von einer teilweise grotesken Unkenntnis. Wenn das Blatt glaubt, mit seiner Schilderung von der Wendung vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus, die jetzt zum Durchbruch gekommen, aber schon seit 1915 in Entwicklung begriffen, etwas Neues entdeckt zu haben, so irrt es sich. Daß die Wirtschaft sich in den letzten zwei Jahrzehnten, zwar nur langsam und unter zahlreichen Rückschlägen, vom reinen Privatkapitalismus zu einer Staatskapitalismus mit, wenn auch nur geringen, staatskapitalistischen Einschlägen entwickelt, ist anderen Leuten schon seit Jahren bekannt. Umgekehrt ist es aber eine Täuschung, wenn man glaubt, daß die Regierung Schleicher in dieser Entwicklung eine Art Zeitenwende bedeute. Denn wenn die Regierung Schleicher vielleicht auch gewisse sozialpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung Papen rückgängig machen will (ob und inwieweit das tatsächlich geschehen wird, steht übrigens noch ganz dahin). Die Belegung der Wirtschaftspolitik mit den bisherigen Ministern der Regierung Papen ist nicht gerade auf staatssozialistische oder auch nur staatskapitalistische Absichten (schließen), so werden damit doch noch nicht die zur Bildung der Regierung Papen vorhandenen Kräfte der Welt jetzt wieder gestärkt. In Gegenteil, auch die Regierung Schleicher dürfte, wenn auch mit gewissen Abschwächungen, in die gleiche Richtung der Wiederaufhebung staatskapitalistischer und staatssozialistischer Anlässe gehören. In die Periode der staatskapitalistischen Anlässe schon deshalb, weil auch sie keine Regierung demokratischer Grundzüge ist und weil Staatskapitalismus ohne Demokratie nicht möglich ist. Gemäß ist richtig, daß das erste Jahrzehnt nach dem Kriege eine Zeit war, in der reine Privatkapitalismus, wenn auch nur in engen Grenzen, die neue Wirtschaftsformen verdrängt worden ist. Gerade aber zu der Zeit der Regierung Papen ist und auch die der Regierung Schleicher wird sein eine Periode des Abbaus dieser Umwandlung, und wenn man wirtschaftspolitisch von einer Zeitenwende sprechen will, so kann man sie nicht in den Augenblick der Bildung der Regierung Schleicher legen, sondern muß sie spätestens in den Augenblick der Bildung der Regierung Papen legen. Außerdem ist diese Zeitenwende genau die umgekehrte Tendenz wie die, in der die „Schlesische Zeitung“ hier spricht.

Aus dem Gelegenen geht schon hervor, welche ein grotesker Irrtum es ist, wenn die „Schlesische Zeitung“ weiter schreibt, mit der Weimarer Staatsordnung und mit den Regierungen der Weimarer Koalition sei der Übergang zu einem neuen wirtschaftlichen Ordnungsprinzip, nämlich dem planwirtschaftlichen, bewerkstelligt worden. Gerade das Gegenteil ist richtig, nämlich ist dieser Übergang durch die Weimarer Koalition nicht zu Wege gebracht worden. Aber was in den letzten 15 Jahren an Maßnahmen auf diesem Gebiete geschaffen worden ist, das ist ganz ausschließlich nur von der Weimarer Koalition auf das Drängen der Sozialdemokratie hin geschaffen worden. Und es ist in dieser Beziehung doch immerhin etwas geschaffen. Sonst hätte die Regierung Papen ja nicht, jubelnd unterstützt von der „Schlesischen Zeitung“, den Versuch machen können, das wieder abzubauen. Alle neuen wirtschaftspolitischen Ideen, die die Nationalsozialisten, oder der Laikreis, oder Herr August Winnig und andere jetzt als die neue nationale Wirtschaftspolitik proklamieren, sind ja nichts weiter als Entartungen der alten sozialistischen Ideen, die von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten vertreten werden. Aber wenn es auch Entartungen sind, der Gedanke der Einordnung der Einzelpersonlichkeit als eines Gliedes in die Gemeinschaft auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Gedanke der Planwirtschaft, das heißt der planmäßigen Organisation der Produktion nach dem Gesamtwirtschaftlichen des gesellschaftlichen Bedarfs, ist altes sozialistisches Gedankengut. Und wenn solche Ideen, in gewissen Grenzen des Bürgertums heute eine Rolle spielen, so bedeutet das lediglich, daß die sozialistischen Ideen trotz aller politischen Widerstände und trotz aller und durch alle politischen Machtverschiebungen hindurch immer weiter um sich greifen. Seit Jahren kämpft die Sozialdemokratie für die Einführung der Planwirtschaft. Die „Schlesische Zeitung“ aber meint, der Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Entwicklung zum planwirtschaftlichen Staat müsse erst gebrochen werden, wenn man zu der Erneuerung der Wirtschaftsform kommen wolle. Das einzig andere an dem Wirtschaftstreben der von der „Schlesischen Zeitung“ angezogenen Kreise ist ihr Nationalismus, das heißt das Streben nach Autarkie der deutschen Wirtschaft. Dagegen ist die Sozialdemokratie allerdings immer gewesen, weil die Herauslösung der deutschen Wirtschaft aus der Weltwirtschaft für die Wirtschaft, auf die Ausfuhr angemessener deutscher Volkswirtschaft geradezu katastrophal wäre. Mit dem Problem Staatskapitalismus oder kapitalistische Privatwirtschaft hat das aber gar nichts zu tun.

Ähnlich fabelhafte Kenntnisse entwickelt die „Schlesische Zeitung“ übrigens auch auf dem Gebiet der politischen Verhältnisse. Der frühere Leiter der Weltbühne am Montag und hellertretende Redakteur der Weltbühne, H. von Lauch, wird als ein pazifistischer Marxist hingestellt. Er ist niemals ein Marxist. Das sollte man auch in der „Schlesischen Zeitung“ wissen. Er war jahrzehntlang ein Anhänger von Manns, als der bürgerlichen Demokratie, und hat in einer Reihe von Artikeln Zeit seines Lebens gegen die marxistischen Umbauanschauungen polemisiert. Abgesehen davon, ist in der von der „Schlesischen Zeitung“ zitierten Äußerung Gerlach nicht das geringste Jügendbildnis an die Gewaltaktion der Papen-Regierung zu sehen. Das ist eine Reichsreform für nötig gehalten hat und eine solche Reichsreform, ist nichts Neues. In dem gegenwärtigen Kampf um die Reichsreform handelt es sich aber gar nicht um dies, sondern darum, die Reichsreform gegen den Geist der Verfassung von einer kleinen Clique vergewaltigt werden darf. Das Problem der Reichsreform und der Erneuerung des Reichsstaates mußten sich und Preußen ist ein rein deutsches Problem, an dessen Bearbeitung die alten preussischen Reichsleiter herangezogen sind, längst ehe Herr Papen und sein Herrschaft über Deutschland jemals dachten.

Doch wir erwähnen diese Schiefheiten hier nicht um ihrer Willen. Sie interessieren uns nur deshalb, weil sie wie der Sonntagsartikel der „Schlesischen Zeitung“ ein typisches

Zeichen für die innere Haltlosigkeit und Unsicherheit dieser Kreise sind. Sie kennen sich überhaupt nicht mehr aus, sie haben weder eine klare Anschauung von den Dingen noch eine eindeutige Meinung über sie. Wenn die „Schlesische Zeitung“ konsequent sein wollte, so müßte sie eindeutig gegen die Regierung Schleicher Stellung nehmen, wenn die wirklich die Ziele hat, die das Blatt ihr unterstellt. Aber man will den so mühsam errungenen Anteil an der Macht nicht wieder so leicht aus der Hand geben. Deshalb diese neue Umstellung. Seit Juni hat die „Schlesische Zeitung“ gejubelt über die Parole Papens gegen den Wohlstand, über die Reden Papens und seiner Freunde über die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Privatkapitalismus. Heute, wo nur bescheidene Andeutungen vorhanden sind, daß die Möglichkeit bestehen könnte, daß die Regierung Schleicher vielleicht einmal, durch die wirtschaftliche Not gezwungen, zur Wiederherstellung der von Papen zitierten Sozialpolitik seine Hand reichen könnte, hat man das alles bereits vergessen, stellt man sich schon wieder in die alte neue Linie.

Der tiefere Grund dafür liegt darin, daß man das unterirdische Großen in der Wirtschaft hört und Angst davor hat, daß die juchhendere Not der erwerbslosen Millionen und das völlige Vergehen des Privatkapitalismus zu einer die Macht des Großkapitals hinwegschwemmenden Explosion führen könnte. Eine Zeitlang schien es diesen Leuten, als ob diese Kräfte mit dem

Mittel der Diktatur niederzuhalten wären und als ob es noch möglich wäre, den Privatkapitalismus wieder herzustellen und dadurch aus der Krise herauszukommen. Nach dem Scheitern besonders dieses letztgenannten Versuches fehlt die alte Unsicherheit und Angst zurück, jene Unsicherheit, aus der heraus man zeitweise mit den Nationalsozialisten schlingelte, weil man spürte, daß in dieser Bewegung ein gewisses sozialrevolutionäres Element liegt, das aber gerade auf der anderen Seite eben durch diese Bewegung gefesselt wird, weil es hier mit ganz anderen entgegengelegten kapitalistischen Elementen verknüpft ist. Erst als man sah, daß diese Bewegung wegen des Bruchs, der durch sie geht, nicht verwendbar ist, wandte man sich von ihr ab. Daher dann die begehrteste Zustimmung zu dem System Papen und daher nun, nachdem dieses nun gescheitert ist, das überaus schnelle neue sich auf den Boden der Laikreisen der Regierung Schleicher stellen.

Was man hier beobachtet, sind also nur die tragikomischen Fieberdelirien eines sterbenden Wirtschaftslife und Gesellschaftssystems, das auf der einen Seite krampfhaft die Macht festhält, die ihm durch die von der Krise erzeugte Verwirrung vor Looselich noch einmal zugefallen ist, das auf der anderen Seite aber vor geheimer Angst vor möglichen Entwicklungen nicht mehr aus und ein weiß, nach allen Richtungen hin seine Hände taugend ausstreckt, ohne ein klares Ziel und einen klaren Weg zu sehen.

Nazi-Niederlage an Bayerns Universitäten

Starker Stimmenrückgang bei den Abstammungen - Stimmgewinne der republikanischen, sozialistischen und katholischen Studenten

München, 5. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nazischwund an den bayrischen Hochschulen ist das Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Wahlen zu den studentischen Verwaltungskörpern. Diese demokratisch-parlamentarischen Wahlen an den bayrischen Universitäten sind ein Spiegelbild der allgemeinen politischen Entwicklung. Der Zerfall der Harzburger Front und der Bruch im Lager der Reaktion zeigt sich bis tief in die Reihen der nationalsozialistischen Studenten und ihrer Organisationen.

In München äußerte sich der Bruch darin, daß von den 55 Organisationen des Kampfbundes 35 dem Nazistudentenbund den Rücken kehrten und für die Abstammungen eigene Listen aufstellten, während 24 sich noch enger an die Hitlerer angeschlossen. Aber auch die Abtrünnigen fanden nicht die Kraft zur Einheit, sondern spalteten sich in zwei ungefähr gleich starke Gruppen, in eine deutsch-nationale Kampffront und in die deutschen Wehrstudenten, einen ausgesprochenen Ableger des Stahlhelms. Die Folge dieser Separation war bei den Wahlen ein starker Rückgang der Nazistimmen.

An der Münchener Universität verloren die Nazis 420, an der Technischen Hochschule München 350 und in Würzburg 330 Stimmen.

In Erlangen, dessen protestantische Universität schon immer zu den am meisten rechtsradikal verwehten deutschen Hochschulen gezählt hat, konnten die Nazis ihre alte Mehrheit im Amt behaupten. Die katholischen Studenten gemannen überall merklich am Boden, vor allem in Würzburg. Auch die republikanischen und sozialistischen Gruppen hatten bemerkenswerte Stimmgewinne zu verzeichnen. In Würzburg holten sich die Kommunisten mit einer kleinen Stimmenmehrheit das erste Mandat im Studentenschaftsrat.

Die mit vielem Geld gedährten Hoffnungen der Braunen Häuser auf den „Totalrieg“ an den Universitäten Bayerns und auf das „Dritte Studentenreich“ sind zu schanden geworden und endgültig vorbei.

Nazi-Bürgerchaftspräsident in Lübeck

Lübeck, 6. Dezember (Eigener Funkenbericht.) Die neue Lübecker Bürgerchaft wählte am Montag einen nationalsozialistischen Präsidenten. Während sich das Zentrum und die Staatspartei der Stimmen enthielten, stimmten alle bürgerlichen Parteien für den Nationalsozialisten, obwohl die Sozialdemokratie mit 29 gegenüber 27 Stimmen der Nationalsozialisten die höchste Partei ist. Nach diesem Ergebnis der Wahl verzichtete die Sozialdemokratie auf jede weitere Beteiligung an dem Präsidium. Das Präsidium besteht jetzt aus 2 Nationalsozialisten und einem Deutschenradikalen.

Als der neue Präsident seine Amtseinführung gehalten hatte, wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß infolge der Angehörigkeit der nationalsozialistischen Geschäftsleitung eine Bestimmung der Geschäftsordnung übersehen worden ist und deshalb die Wahl des Präsidiums ungültig sei. Tatsächlich wurde dann nach einer Unterbrechung der Sitzung die Wahl nochmals vorgenommen. An der Zusammenfassung des Präsidiums änderte sich jedoch nichts.

Noch keine Milderung der Prohibition

Washington, 6. Dezember (Eigener Funkenbericht.) Im Repräsentantenhaus der USA, das am Montag eröffnet wurde, brachten die Gegner der Prohibition eine Milderungs-Resolution für die 18. Bestimmung des Prohibitionsgesetzes ein. Der Antrag fand jedoch nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Auch unter den Demokraten befinden sich immer noch zahlreiche Prohibitionen Anhänger.

Noch keine Milderung der Prohibition

Washington, 6. Dezember (Eigener Funkenbericht.) Die Demokraten planen nach der gestrigen Niederlage im Repräsentantenhaus bei der Abstimmung über den Antrag zur Milderung der Prohibitionen eine neue Gesetzesgebung ein. Sie werden ihren Antrag in dem neuen Kongress wiederholen. Es besteht kein Zweifel, daß der Antrag dann mit großer Mehrheit angenommen wird. Die Aufhebung der Prohibitionen würde jedoch noch eine längere Zeit auf sich warten lassen, weil selbst nach der Annahme eines entsprechenden Gesetzesentwurfes im Repräsentantenhaus nach der Verlesung die Zustimmung von Zweidrittel der Bundesstaaten erforderlich ist, wenn der Aufhebungsantrag in Kraft treten soll.

Sollen die Franzosen nicht zahlen?

Paris, 5. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In der Sitzung der Fälligkeitstermine für die Schuldentilgung an Mexiko ist die Frage der Zahlung der französischen Schuld an Mexiko ein großes Thema geworden. Man ist in Frankreich allgemein davon überzeugt, daß der amerikanische Kongress auf der Einrichtung der Schuldentilgung bestehen wird. In zahlreichen Zeitungen werden Inter-

views führender Parlamentarier aller Parteien veröffentlicht, die sich sämtlich gegen die Zahlung, in welcher Form sie auch erfolgen möge, aussprechen. Der Führer der radikalen Kammerfraktion, Francois Albert, äußerte sich über das Schuldenproblem wie folgt: „Die radikale Partei muß energisch für Frankreich als Schuldner der Gleichberechtigung mit seinen eigenen Schuldnern verlangen, die von seinem Gläubiger in ihrer Schuldhaft so bereitwillig befreit worden sind. Rechtlich und tatsächlich ist die radikale Partei dazu qualifiziert, gegen die rigorose Durchführung des Washingtoner Abkommens zu protestieren. Wenn sie dagegen nichts tun sollte, muß sie sich dessen bewußt sein, daß die Meinung des Landes ihr mit Recht nicht folgen würde.“

Die Regierung verzicht dagegen, wie sich jetzt klar herausstellt, eine andere Ansicht. Sie will dem Beispiel Englands folgen und die Schuldentilgung in irgendeiner Form bezahlen, um sich nicht dem Vorwurf des Vertragsbruchs auszuliefern. Die Zahlung soll aber nicht in Dollar oder Gold erfolgen, sondern in Francs, und der Betrag soll entweder bei der Bank von Frankreich oder bei der B.S. in Basel hinterlegt werden, bis eine Revision des Schuldenabkommens mit Amerika zustande gekommen ist.

Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Rückert

(Nachdruck auch mit Genehmigung verboten)

Während auf dem gesamten Oberrhein ziemlich heftige Stürme herrschen, hat über dem Rheine die Lage einen ruhigen Charakter angenommen. Mittel Europa liegt unter dem Einfluß eines kalten Luftmassen komplexen Hochs, die sich teilweise in abnehmendem Zustand befinden.

Wetter für das nächste Wochenende:
Bei nordwestlichen Winden milde, teilweise wolfiges Wetter, langsame Temperaturerhöhung, leichter Nebel.

Wetter für das nächste Wochenende:
Nordwestlicher Wind, meist wolfig, nur vereinzelt noch Schneehaare, mäßiger Frost.

Sonnenaufgang: 7.54 Uhr — Sonnenuntergang: 15.47 Uhr.

Wetterstand

Barometer	5.12	6.12	Kornen (Unter-Regel)	5.12	6.12
Relativ	0.94	0.95	Dauernach	1.70	1.62
Relativ (Unter-Regel)	-0.74	-0.74	Durchfallmenge	0.87	0.05
Relativ (Mittel-Regel)	1.54	1.73	Durchfallmenge	60	66
Relativ (Mittel-Regel)	1.74	1.74	Kornen (unter 5.12)	0.10	
Relativ	0.98	0.98	Barometer + 4.2°		

Breslauer Produktenbörse vom 5. Dezember 1933.

Jährliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 2. Dezember 1933. Es der Börsen im Grundhandel geachtete Werte für volle Wagenladungen (Getreide in kleinen Mengen) in Reichsmark bei lokaler Bezahlung. Nur für Rohstoffe mit der Erzeugerpreis. (Weiß einsehlich Handelsname.)

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste ... 100 kg ... 1.00
Dinkel, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl ... 50 kg ... 1.00
Sonstige ... 50 kg ab Erzeugeraktion

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide		3.12	5.12
Weizen (Weißer) neuer Ernte		196.00	196.00
Schrotgewicht von 76.0 kg gut, gesund und trocken		194.00	194.00
Schrotgewicht von 72.0 kg, gesund und trocken		150.—	130.—
Schrotgewicht von 70.0 kg, gesund und trocken		186.—	186.—
Schrotgewicht von 68.0 kg, trocken, für Viehfütterung		186.00	186.00
Sonstige, best. o. d. a. 40 kg		—	—
Roggen (Weißer) neuer Ernte		152.00	152.00
Schrotgewicht von 71.0 kg, gesund und trocken		149.00	149.00
Schrotgewicht von 69.0 kg, gesund und trocken		119.00	118.00
Sonstige, best. o. d. a. 40 kg		185.00	185.00
Hafer, mittlerer Art und Größe		178.00	175.00
Sonstige, mittlerer Art und Größe		170.00	170.00
Sonstige, 65 kg		158.00	158.00
Wintergerste 41-62 kg		161.00	161.00

Wichtige Notierungen für Wählereingangsliste

Geld	3.12	5.12	Ausgang	3.12	5.12
100 Reichsmark	27.25	27.25		27.25	27.25
100 Reichsmark	21.50	21.50			
Kongress	65%	65%			

Deliaeten:

Rohzucker	1.12	5.12	Schmalz	29.00	29.00
Winterzucker	—	—	Speiseöl	—	—
Getreide	21.00	21.00	Alkohol	70.00	70.00

Kartoffeln

Spezialartikel ab Erzeugeraktion gelte 1.20, rot 1.20, weiß 1.10. Faktortarif ab Erzeugeraktion für das Prozent Stück 0.50. Tausch: Spezialartikel rot, Spezialartikel gelb.

Recht Mündig für unsere Zeitung!

Familien-Anzeigen

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Filiale Breslau
Es starben am Sonnabend, 3. Dezember, unsere langjährigen Mitglieder und Invaliden, der Maler
Wilhelm Neugebauer
im Alter von 63 Jahren.
Beerdigung: Heut nachmittag 3 Uhr von der Halle des St. Paulus-Friedhofes in Kosel aus.
der Lackierer

Hugo Zimmer
im Alter von 61 Jahren.
Einäscherung: Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen.
und der Maler

Hugo Richter
im Alter von 68 Jahren.
Einäscherung: Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen. [3534]

Am Sonnabend, den 3. Dezember, verstarb die Frau unseres Vereinskollegen Kasper
Frau Dorothea Kasper
im Alter von 59 Jahren 9 Monaten.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder des Scharpenvereins der Güter-Abt. Breslau-Ost.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes, Lohestraße.

STADTHEATER

Dienstag, 20 bis gegen 22.30
Abonnements-Vorstellung A 7
Der Troubadour
Mittwoch, 20 bis gegen 22.45
Abonnements-Vorstellung B 7
Domeneo
Donnerstag, 20 bis gegen 22.30
Abonnements-Vorstellung D 7
Ziefand

LOBETHEATER

Täglich 20.15 bis 22
Bergeld locht
Freitag, 20.15
Zum 1. Male!
Robinson soll nicht sterben
von Friedrich Schiller

GERHART-HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15-22.15
Gastspiel der „Hör-Nachrichten“
Der stürmische Lacherfolg!
Sie ist Ixet Goethe

Felix Kayser

veranstaltet
am Freitag, den 9. Dezember
20 Uhr, im Breslauer Konzerthaus, Großer Saal, ein
Electrola-Weihnachts-Konzert
Die Leitung des Konzerts liegt in Händen des Herrn Dr. Hoffmann, Berlin-Nowawes und wird wie immer unter Mitwirkung persönl. Kräfte mit Gesangs- u. Tanzvorführungen großzügig aufgezogen. Eintrittskarten 0 40 0.70, 1.00 RM sind bei Felix Kayser erhältlich und berechtigen zur Teilnahme an einer
Gratisverlosung
zu welcher 20 Preise in Gestalt von Electrola-Apparaten u. Platten vorgesehen sind.

Unerreicht billig Metall-Betten

13.-, 11.-, 9.50
mit Fußbrett . . . 17.-, 14.90
mit Kopf- und Fußbrett . . . 21.-, 19.50
Matratzen . . . ab 10.-
Reform-Unterbetten 12.-, 10.-, 8.- 5.85
nur Fabrik-Niederlag.
Tautenzienplatz 11 (I. T.) im Hof

Lametta

Wunderkerzen, Christbaumschmuck für Händler und Wiederverkäufer
B. Jakobowitz, Vorwerkstr. 12

Echte Kagenfelle

65, 45, 25 Pf. ufw.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Gute Betten

für Damen und Herren 9.50
weg. Raum 12.50, 10.75
Fed. Matze wird in 1 m, 1 m 1/2, 1 m 3/4, 1 m 1/2, 1 m 1/4
beigelegt oder Vert in bar.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Radio-Geräte

der A. E. G., Electrola, Owin, Siemens, Telefunken, Selbst, Lamophon, Schaub, Blaupunkt und andere werden Ihnen auch in Ihrer Wohnung vorgeliefert.
Felix Kayser RING
Am Rathaus 26

Buchhandlung VOLKSWACHT

u. Moderns Antiquariat
BRESLAU

1933

Der Kalender für das schaffende Volk
Unser Schlestes Land / Leute / Leben

Aus dem Inhalt:

Kalendarium: Fest-, Erinnerungs- u. Namens-tage, gesetzliche Fest- und Feiertage das Jahr in den verschiedenen Zeitrechnungen, Sonn- und Mondfinsternisse, Stellung der Sonne in den Zeichen des Tierkreises, Mondphasen, Lauf und Stellung der Planeten.
Textteil: Sieben Jahrhunderte in der Geschichte von Jauer, „Null - null“ oder: Wie sich einer an den Galgen wünschte, Schlesiens Original, Die Plünderung Goldbergs vor 300 Jahren, Hulde Paul auf dem Entenjaod, Das Kältekrügel, Sprechende Schuhe, Die Burguino Kynast und die Kunigundensage, Von den Badenkmälern der Stadt Lauban, Krümmhübel, einst ein Apothekerort, Glasbüttenarbeit, Zwei Dickschädel, Zeitungstechnik - Zeitungsherstellung, Humor.
Anhang: Messen und Märkte, Zeitunterschiede, Fröchtigkeitkalender, Hundertjähriger Kalender, Posttarif, Tabelle zur Ermittlung eines Wochentages, Zinsabelle.

20 Bilder im Text und 16 Kunstdrucktafel.
Zu beziehen in der
Buchhandlung Volkswacht, Flurstr.

100 Mark täglich

Mehreinnahme könnte uns veranlassen, durch Einstellung von Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit zu mildern. Kaufen Sie deshalb Ihre Seifen, Bürsten, Pinsel, Scheuertücher, Fußmatten, Kopfkissen usw. in unserem Geschäftstotal
auf der Oderstraße
wo Sie die größte Auswahl vorfinden.
London & Co.
Oderstraße 5
2. Viertel v. Ring

Eure Familienanzeigen der Volkswacht

Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschaft zum Vorteil!
zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und

Für Bastler
alle Kehl- und Schnitzleisern - Laubsäge- u. Sperrholz - Drechslerwaren u. Möbelaufgaben am billigsten bei
Sasi Stephan Messer-gasse 10-13

JULIUS PERL
BAUMEISTER
Breslau, Charlottenstraße 40
Fernsprecher 807 31
Bauberatung kostenlos
Neu- und Umbauten, Reparaturen
Fassadenabputz, Leitergerüste, Zimmererei

Schuh-Hertz
Blücherplatz 4
Richard Scholz Ofen- und Herd-
Breslau 10, Weißenburger Straße 5
empfiehlt sich für alle einschlägigen Arbeiten

Glas- u. Gebäude-Reinigungs-Institut
„MERKUR“
übernimmt alle Fensterreinigungsarbeiten, Fenster- und Fassaden-Waschen, Parkett- und Linoleum-Reinigung. J. Gierth, Breslau, Ursulinerstr. 10
Telefon 53 831
Paul Berndt Weißenburger
Straße 4
ff. Fleisch und Wurstwaren

Hausfrauen kaufen
prima Fleisch- und Wurstwaren stets bei
Ernst Heide
in der Rittermarktblau
Stand 26

Im Osten und Südosten

Weihnachtsmesse
im Sika-Wäschehaus
Inh.: R. Kaslo
Kleider-Artikel * Wäsche * Strümpfe * Trikotagen
Klosterstraße 13 Ecke Feldstraße
5% Sonder-Rabatt erhalten
Vorzeiger dieser Anzeige!

Eisenwaren u. Wirtschaftsartikel
kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei
Nosier & Moesner
Brüderstraße 38
Ecke Tautenzienstr.
Alle Buchbinderarbeiten
sauber und billig durch die
Volkswacht-Buchdruckerei

Joh. Hammerling Grünstraße 15
Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft
Kolonialwaren * Weine * Spirituosen
Buchdruckerei Volkswacht Breslau 2
Flurstraße 4/6

Fritz Kaps
Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Brillen + Kneife
in jeder Ausführung erhalten Sie bei
Optiker
Arthur Schwarze
26 Klosterstraße
Krankenkassen-Lieferant

Im Westen

Schuhhaus
FRIDA HANDKE
Leuthenstraße 28
führt nur
Qualitätswaren
bei billigsten Preisen!

Breslau 6
Georg Eckstein / Spedition
Friedrich-Wilhelm-Straße 24 - Sammelruf 230 44
Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Untersützt den kleinen Gewerbetreibenden
durch den Besuch der
Zentral-Gaststätte und Ballsaal
Westendstr. 50/52. Tel. 284 27. Beste Bewirtung Sonntag
TANZ Vorzeig. d. letzten Wochenquittung d. Volkswacht haben bis 7 Uhr abds. zum Tanz freies Eintritt

Karl Borst jun. Steinauer-
Straße 12 a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstatt. - Teilzahlung gestattet.

Franz Rzehulka
Breslau 6, Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße
Kolonialwaren
bekannt durch beste Qualität
billigste Preise, höchsten Rabatt

Paul Gebauer
Posener Straße 27 / Filiale Frankfurter Straße 31
Kolonialwaren, Konserven
Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Kolonialwaren, Molkereiprodukte
beste Qualität: billigste Preise
Alfred Köpper, Westendstraße

Kolonialwaren
Eigene Kaffeerösterei
R. & J. LUX
Anderssenstr. 2 :: Leuthenstr. 52

Schmelz ist und bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Moderne Drucksachen
unter Verwendung von
Qualitätspapieren
Liefert billigst die
Volkswacht-Druckerei

Möbel in größter Auswahl
zu billigsten Preisen
David Friedrich-Wilhelm-Straße 9
am Wachtplatz

Berücksichtigt unsere Inserenten

Vogel-julier Riffer Kolonial-
waren
Friedrich-Wilhelm-Str. 53, Ecke Friedrich-Karl-Str.
Gaststätte Hermann Ripke
Familienlokal Frankfurter Straße 174

Geld auf Pfänder
Selbstentgeltkäufe
Leibhass Rose
Friedrich-Wilhelm-Straße 61, Telefon 536 12
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396 24

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24
empfeilt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Alsenstraße 21

Herren-Friser
Erich Gud
Bärenstr. 22
im Hause des Liegnitz
Brauerei-Ausschank

Im Norden u. Nordosten

Nur Qualitätsware
kaufen Sie
sehr preiswert im
Schuhhaus
Lewkowitz
Breslau, Scheitniger Str. 25

Wenn **MÖBEL** dann von
Richard Karsunky & Co.
Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiassstr.
Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei **K. Klumpke**, Hirschstraße 70

In Geldnot hilft
Leihhaus Julius Grundmann
Trebnitzer Straße 21
Schuhwaren
aller Art, für Damen, Herren u. Kinder
kauft man nur beim Fachmann
H. Sonnabend, Lehnstr. 22
Reparaturen schnell und billig!

Fisch Aberle
Matthias-Str. 159
Raucher
Ihr kauft am besten und billigsten bei
Hermann Wachsmann
Weinstraße 67 (Tel. 465 25)
Hausfrauen kaufen die bekannt guten Fleisch- und Wurstwaren stets bei
Albert Simlich, Hedwigstr. 21, Ecke Sternstr.

Beste
Fleisch- und Wurstwaren
kaufen Sie bei
Max Gallert
Gertrudenstraße

Wann immer ein ein

das die Zeitungs-Anzeige das best
Werbenmittel ist und durch keine andere
Reklameart ersetzt werden kann!

Breslauer Nachrichten

Das Urteil des akademischen Disziplinargerichts im Lichte der „Schlesischen Zeitung“

Aus akademischen Kreisen wird uns geschrieben:

In der „Beitragung“ der „Schlesischen Zeitung“ zum Disziplinarurteil des gegen die randalisierenden Studenten erteilten akademischen Disziplinarverfahrens, entwickelt sie eine Auffassung, die alles das, was man in ihren übrigen Spalten als Prinzip von autoritärer oder konservativer Staatsführung zu lesen gewohnt ist, auf den Kopf stellt. Sie lehrt auch vor besten Unwahrheiten nicht zurück. Nach ihrer Darstellung ist Professor Cohn durch die Entscheidung des ehemaligen Systemministers Grimme nach Breslau gekommen. (Obgleich wir dies schon wiederholt ihr entgegengehalten haben. D. Red.) Das ist unrichtig. Nicht Grimme, sondern die juristische Fakultät zu deren Mitgliedern sowohl der deutschnationalen „Führer“ Hellrich wie der deutschnationalen „Völkische“ Reichstagsabgeordnete Freitag-Lorinshoven gehören, hat den Professor Cohn an erster Stelle zur Berufung nach Breslau vorgeschlagen. Der sozialdemokratische Minister hat diesem Vorschlag stattgegeben. Wenn, wie nach der Behauptung der „Schlesischen Zeitung“ dies eine Fehlentscheidung wäre, dann wären dafür in erster Linie die Mitglieder der hiesigen Fakultät nicht aber der Minister verantwortlich zu machen. Soviel über die Verantwortlichkeit. — Welche Argumente bringen die Widerlächer des Professor Cohn? Nichts wird gesagt von wissenschaftlicher Anzulänglichlichkeit, nicht von persönlichen Mängeln etwa des Charakters. Das wären etwa Einwendungen, die noch passierbar wären, über die man sich ernstlich unterhalten könnte. Nur die Tatsache, daß Cohn der Abtammung nach Jude ist, genügt der „Schlesischen Zeitung“, das Vorgehen der antisemitischen Studentengruppe für berechtigt zu halten. Wir wissen nicht, ob die „Schlesische Zeitung“ es billigen würde, wenn dieselbe Hörerschaft als Leser der „Schlesischen Zeitung“ den Vortritt über sie verhängen würde, weil in dem Disziplinarurteil ein Mensch ist, der der Abtammung nach mit Professor Cohn verwandt ist als mit Professor Hellrich. Wir wissen nicht, ob sie es billigen würde, wenn die Studenten den Austritt aller „Deutschstämmigen“ aus dem „Stahlhelm“ verlangten, weil der zweite Bundesführer Duesterberg ein Jude ist. Wir wissen aber, was sie gelacht haben würde, wenn deutsche Arbeiter als Soldaten sich gemeldet hätten, dem königlichen Oberleutnant Duesterberg den Gehoriam zu leisten, weil er nicht rein arischer Abtammung ist. Und ebenso wissen wir es, wie sie nach den Machtmitteln des Staates schrie, wenn Studenten vor den Schülern des Professors v. Freitag-Lorinshoven andersarteten, weil dieser noch im Jahre 1914—16 Professor der Nationalfeind war.

Amant die Friedensstörer zu befehlen und zu beeinflussen. In jeder Staatsautorität und jeder Sachlichkeit ins Gesicht schlagendes Verhalten einer besseren Haltung Raum zu geben, verdient sie, den rassistischen von außen hineingebachten Wünschen unreifer Jünglinge stattzugeben. Ihre Auffassung über Staatsführung gleicht ungefähr der Auffassung desjenigen, der über den Würde, daß beispielsweise die Fleischer ihre Würde nicht mehr ins Schaufenster hängen sollten, damit sie nicht Anreiz zum Diebstahl für hungernde geben könnten.

Ist der Zoo zu teuer?

Die Verwaltung des Zoologischen Gartens wird öfter gefragt, ob die Eintrittspreise nicht gesenkt werden könnten. Bei der heute herrschenden wirtschaftlichen Not wären die Preise — so meint man — zu hoch; eine Senkung würde keine Mindereinnahmen, sondern durch gesteigerten Besuch mindestens die gleichen Einnahmen bringen. Wir bringen darum zu dieser Frage eine ausführliche Darlegung der Zoo-Verwaltung.

Eine für sie selbst so außerordentlich wichtige Frage wie die Höhe des Eintrittsgeldes behält die Verwaltung des Gartens dauernd im Auge und tauscht auch mit den anderen zoologischen Gärten ständig Erfahrungen darüber aus. Diese Erfahrungen zeigen aber mit absoluter Deutlichkeit, daß eine allgemeine Herabsetzung der Tageseintrittspreise stets ein Abnehmen der Einnahmen verurteilt! Immer wieder haben einzelne Gärten den Versuch gemacht, ihre Besucherzahl durch Preisentzug zu vergrößern, und sind jedesmal aufs allerhöchste enttäuscht worden. So hat auch in diesem Jahre wieder ein Garten trotz aller Warnungen von auktöndiger Stelle seine Preise sehr erheblich gesenkt, nämlich von 1 RM. auf 60 Pf. Das Ergebnis war katastrophal! Die Einnahmen sanken um mehr als 40 Proz. gegen das Vorjahr. Andere Gärten haben die verlockende eingeführte Verbilligung bereits wieder rückgängig machen müssen.

Wenn es sich ermöglichen ließe, ohne Gefährdung unseres Gemeinwohlens — übrigens nicht städtischen — Unternehmens die Preisentzug durchzuführen, so würde das die Verwaltung sofort tun. Die gesamten Kosten für die Unterhaltung sind aber sehr steigend; allseits anerkannter Sparsamkeit immer noch wesentlich höher als im Frieden und müssen — abgesehen von sehr hohen Defiziten, aber doch verhältnismäßig kleinen Zuschüssen von Stadt und Provinz — fast ausschließlich durch die Einnahmen aus Eintrittsgeldern aufgebracht werden. Das ist bisher auch gelungen, aber nur deshalb, weil alle gefährlichen Experimente vermieden wurden. Der Zoo hängt ja auch vielmehr als Kino und Theater von Zufällen (z. B. vom Wetter) ab und muß deshalb besonders vorsichtig sein. So wurden zwar von Anfang Januar bis Anfang August dieses Jahres fast genau dieselben Einnahmen erzielt wie 1931, aber der erst verregnete, dann übermäßig heiße August brachte im Vergleich zum Vorjahre ein sehr erhebliches Defizit, ebenso der Oktober, während der September eine um 10 Proz. höhere Einnahme brachte als im Vorjahre. Schon aus diesen wenigen Proben ist ersichtlich, daß die Höhe des Eintrittsgeldes für den Besuch des Gartens nicht ausschlaggebend ist. Wenn man den Gesamtbesuch betrachtet, so sind wir mit rund 300.000 Besuchern im Jahre noch immer über dem Friedensdurchschnitt — bei der jetzt herrschenden wirtschaftlichen Not ein außerordentlich erfreuliches Zeichen für die Anziehungskraft unseres Gartens und — die Richtigkeit unserer Preispolitik.

Wenn man jetzt noch die vielen Verbilligungsmöglichkeiten in Betracht zieht, die unser Garten bietet, (billiger Sonntag, im Winter sogar zwei billige Sonntage, Erwerbslosen-, Rentner- und Ferienkinderpreise, Fünfer-, bzw. Zehnerkarten, Ermäßigungen für Vereine) so ist auch bei den jetzt geltenden Preisen wirklich jedem die Möglichkeit gegeben, den Zoo zu besuchen. Diese Verbilligungen, vor allem die billigen Sonntage, müssen aber unbedingt Ausnahmen bleiben, wenn sie für uns tragbar bleiben sollen — sie verlieren auch sonst erfahrungsgemäß ihre Wirkung vollständig. Kurz zusammengefaßt: Preisentzug bringt keinen erhöhten Besuch, dagegen würde vermehrter Besuch eine Preisentzug ermöglichen. Offenheit bringen diese auffällenden Stellen recht vielen das richtige Verständnis für unsere Lage und damit dem Zoo einen reichenden Besuch — vor allem im Winter — denn wird die gewünschte Preisentzug auch nicht ausbleiben!



Herunter mit den Mieten!

Warum?

Darüber spricht in der Mitgliederversammlung der „Eisernen Front“ Dienstag, 6. Dezember, 20 Uhr, im großen Saale des Schießwerders

Fritz Voigt

Vorstandsmitglied der Dewog, Rev.-Vereinigung Bezirk Schlesien

Einlaß 18 $\frac{1}{2}$ Uhr / Von 19 bis 20 Uhr: Konzert / Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der Organisationen der „Eisernen Front“ Parteimitglieder, Gewerkschafter, Reichsbannermitglieder, Arbeitersportler, alles muß erscheinen!

Kampfleitung der „Eisernen Front“ Groß-Breslau.

Kampf und Gelöbnis

Feierstunde der Arbeiterkinderfreunde

Es war ein eigenartiges Erlebnis, diese Feierstunde, die die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gestern vormittag im Gewerkschaftshause, dessen Saal und Galerie bis auf den letzten Platz besetzt waren, ausfüllte. Sprech- und Bewegungshöre riefen den Kampf und seine Formen, den die Unierdrücken durch Jahrhunderte geführt haben, in Erinnerung; von des Geyers schwarzen Haufen, über die hungernden Weber bis zum heutigen arbeitslosen Fabrikproletariat, dessen nachfolgende Generation den Kampf in der neuzeitlichen Form weiterführen wird und die heute schon als jüngste Garde, unter der Losung: „Wir Jungen wollen rote Fahnen tragen.“ in der Kampffront steht.

Die Leistungen, die von den einzelnen mitwirkenden Gruppen vollbracht wurden, können als proletarische Zeittätigkeit bester Art angeprochen werden. Die Sprech- und Bewegungshöre, die Bewegungshöre der Helfer und der Helfer, alle waren mit einem Eifer bei der Sache und die reibungslose Abwicklung des tatsächlich inhaltsvollen Programms konnte von Erwachsenen-Vorstellungen als Richtschnur benutzt werden. Dennoch scheint uns aber ein Hinweis an die Veranstalter unvermeidlich. Eine Feierstunde, nur aus Sprech- und Bewegungshören zu gestalten, kann zu einer falschen Beurteilung führen, selbst wenn sie ein so hohes Niveau hält, wie die gestrige. Den Verneiner der Falschen in allen Ehren, aber er kann auch für eine abwechslungsreiche Gestaltungsform verwandt werden und ein Kurzfilm aus der Falschenbewegung oder aus dem Wirken des Proletariats wäre sicher zur Bereicherung der Darbietungsmöglichkeit am Platze gewesen, ohne dem wuchtigen Sinn „Kampf und Gelöbnis“ Abbruch zu tun.

Die Geschichte

einer fiktiven Bankgründung

entrollt sich seit gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts in einem Prozeß wegen Betrug und Verstoß gegen das Depositengesetz gegen die beiden „Direktoren“ der recht kurzlebigen „Wirtschafts- und Treuhandbank“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, die in den Jahren 1926/27 eine kurzlebige, aber opferreiche Existenz fristete. Die ehemals gemeinsam arbeitenden Direktoren dieses, nur für sie rentabel gewesenen Genossenschaftsunternehmens Dienert und Klafke sind im Laufe der Zeit jenseitig geworden und belasten sich nun gegenseitig als Schuldtragende oder Intriganten.

Wir werden über das Verfahren, für das vorerst sechs Tage in Aussicht genommen sind, noch ausführlich berichten.

Mit dem Schraubenschlüssel niederschlagen

Im Hause Gellhornstraße 7 kam es heute früh zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Mietern, die zu Tätlichkeiten ausartete. Der Hausmeister J. wurde dabei von seinem Widersacher mit einem Schraubenschlüssel bearbeitet und mußte sich im Josefskrankenhaus seine Verletzungen verbinden lassen.

Verkehrsunfälle

Auf der Gneisenaustraße wurde gestern nachmittag der Betonmeister M. aus der Einbaumstraße von einem Straßenbahnzug umgerissen, als er versucht hatte, durch die Eisenkonstruktionen der Brücke hindurch den Fahrdamm zu überqueren. Mit schweren Kopfverletzungen mußte er beunruhigt in das Augusta-Hospital geschafft werden, wo festgestellt wurde, daß die Verletzungen lebensgefährlich sind.

Kurze Zeit später stieß ein Radfahrer an der Kreuzung Garten-, Schweidnitzer Straße mit dem zu Fuß gehenden Lehrer A. aus der Adalbertstraße zusammen, der die Signale der Verkehrsampel nicht beachtet hatte. Der Fußgänger fiel so unglücklich auf das Gesicht, daß er schwere Nasenverletzungen erlitt.

Auf der Freiheitsbrücke riß am Montag früh ein Motorfahrer die Stadtfürsorge R. um, die verlegt in das Josefskrankenhaus geschafft werden mußte.

Raubüberfälle

In der vergangenen Nacht fielen etwa 10 bis 12 jüngere Burken in der Dderstraße über einen Monteur her, schlugen ihn nieder und raubten ihm aus der Taschentäschchen eine Briefschlüssel, in der sich 65 Mark befanden. Der Überfallene war von einer Montagetur von auswärts gekommen und hatte bemerkt, daß eine Gastwirtschaft in der Oberstraße noch geöffnet war. Er ging hinein, bestellte etwas und verließ das Lokal nach zehn Minuten wieder. Während die Burken mit ihrer Beute verschwanden, blieb der Überfallene einige Zeit beunruhigt sitzen und konnte dann erst seinen Weg fortsetzen und sich zur Polizei begeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige seiner Widersacher Kränkungen erlitten haben, da er sich mit allen Kräften zur Wehr gesetzt hatte.

Auch in der Bedürfnitsanstalt eines Lokals unweit der Liebichstraße wurde gestern abend ein Gast von drei Männern angefallen. Zwei hielten ihn fest und der dritte riß ihm drei Fünfmarsstücke aus der Westentasche. Die Täter verschwanden ebenfalls.

SAJ. berichtet

Nach einem schiedsmännlichen Vergleich mußte sich die SAJ. zu folgender Berichtigung bereiterklären, die wir der Forderung des Klägers, des Genossen Schubert entsprechend, auch bei uns zum Abdruck bringen:

„In Nummer 24 unserer SAJ. brachten wir im sozialen Teile einen Artikel unter der Überschrift: „Der Reichsbannerfeldweibel“. In diesem Artikel haben wir den Leiter des Arbeitslagers Saderau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, den Führer des Breslauer Banners 6, Genossen Schubert, auf das schwerste angegriffen. Uns war mitgeteilt worden, daß Genosse Schubert in unerhört brutaler Weise mit den Kameraden des Arbeitslagers umsprang und sie u. a. angebrüllt habe: „Gegen Euch Schweine müßte man zwei Maschinengewehre auffahren.“ — Wie sich herausstellt hat, entspricht unsere Mitteilung in keinem Falle den Tatsachen. Es handelt sich vielmehr um einen niedrigen Kadet eines aus dem Arbeitsdienstlager entlassenen Mitgliedes, das absichtlich diese böswilligen Verleumdungen in die Welt setzte. Nach schiedsmännlichem Vergleich und aus Gründen des proletarischen Rechtsgefühls stellen wir unsere falsche Mitteilung richtig und bedauern aufrichtig, den verantwortlichen Leiter des Reichsbannerlagers, Genossen Schubert, in dieser Weise angegriffen zu haben.“

Weniger wohl aus proletarischem Ragegefühl als vielmehr aus der Notwendigkeit heraus, nicht eine Klage auf den Hals zu bekommen, hat man dieser Berichtigung Raum geben müssen. Wir geben gern zu, daß bei der Art eines modernen Zeitungsbetriebes einmal eine solche Information zum Abdruck kommen kann, und wollen nicht gleich in das bei der SAJ. übliche hysterische Geschrei von „gemeiner Verleumdung“ usw. einstimmen. Immerhin hätte man in einem solchen Fall wie oben sich etwas genauer informieren können, da es sich um eine recht schwere persönliche Ehrverletzung handelt.

Nazi-Verammlung in der Johanneskirche

Für Gottesstellvertreter gilt der Burgfrieden nicht

Im Süden der Stadt bemerkte man am Donnerstag abend, daß die Nazis etwas vorhaben. Und wer sich für die geheimnisvollen Sammelpunkte an allen Ecken etwas näher interessierte und den geschlossen abmarschierenden Trupps folgte, die eingetroffene Fahnen mit sich führten und immer größer wurden, ohne daß sich die Polizei an diesen geschlossenen Formationen stieß, der kam schließlich in die evangelische Johanneskirche in der Höhenjohannstraße, in der sich 500 uniformierte Nazis versammelten, während auf den Emporen das Zivilvolk Platz nehmen durfte. Selbstverständlich marschierte man mit entrollten Fahnen vor dem Altar auf.

Der an dieser Kirche tätige Pastor Lohende hielt eine donnernde Rede. Er fing bei der Völkerschlacht von Leipzig an, kam dann zu dem sinnigen Thema „Wollen und Mühen“ und rang sich zum Schluß die weisheits- und salbungsvollen Worte ab, daß spätere Geschlechter den Hitler in seiner ganzen Größe erkennen und rühmen würden. Ob es dabei zu einem Konkurrenzkampf zwischen seinem Auftraggeber, dem lieben Gott und dem dann sicher inzwischen in die ewigen Jagdgründe eingegangenen Herrn Hitler kommen würde, prophezeite Herr Lohende allerdings nicht. Amüsiert war es noch, wie der Herr Pastor betonte, daß er nicht etwa eine politische Rede gehalten habe.

Nach Schluß rückten die uniformierten Nazis wieder geschlossen ab, ohne daß sie irgendwie polizeilich behindert worden wären.

In der Kirche selbst konnte man noch erfahren, daß der bei Johannes amtierende Herr Pastor Lohender ein Stahlhelmer und der Pastor Lohende ein Hitlermann sei. Weil nun Lohender verlangt für die Stahlhelmer einen Kummel im Gotteshaufe verankert hätte, habe Lohende solange gebot, bis er einen Hitlerkummel hätte machen dürfen. Beinahe würde die Frage aufstehen, auf welche Seite seiner beiden irdischen Stellvertreter sich der liebe Gott stellt, aber diese Frage wäre immerhin vermessend, denn die Tatsache, daß diese Naziversammlung in einer Breslauer Kirche ungehindert stattfinden durfte, ohne daß die Burgfriedensnotverordnung zur Anwendung kam (es ist doch nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, daß Nazisiten dabei waren, man also etwa nicht die Ausrede von einer Mitglieder-einfegung machen kann), zeigt schon, daß in diesem Falle die stärkeren himmlischen Bataillone auf Seiten der Burgfriedensgegner gestanden haben.

Ob der Hakenkreuzpastor Lohende künftig statt des Amens ein Heil Hitler erhalten lassen wird, wissen wir noch nicht, aber vielleicht erfahren wir auch das noch bei Gelegenheit.

Was wird nur Gott-Sohn, der doch als Sohn einer Jüdin auf die Welt gekommen ist, zu diesem Beauftragten seines Allmächtigen Vaters zu sagen haben?

Zehn Zigaretten weniger

dafür ein Voll-Los für 50 Pfennig bei der Arbeiterwohlfahrts-lotterie 1932.

Massen-Giftmörder Just vor den Görlitzer Geschworenen

Just widerruft

In Görlitz begann gestern der sensationelle Giftmörderprozess des 35-jährigen Schuhmacher Just wegen Missetaten.

Die Verhandlung begann mit einem Appell des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Schwenk: „Angeklagter, wenn Sie die Missetaten, die Ihnen jetzt zur Last gelegt werden, bezugnehmend haben, dann wissen Sie, daß sich die Schattens der Toten gegen Sie erheben werden bei Tag und bei Nacht, wenn Sie jetzt nicht die Wahrheit sagen.“

Angeklagter: „Ich werde die reine Wahrheit sagen. Bis hier, meine Herren vom hohen Gericht, habe ich aus Interesse für die Toten geschwiegen. Ich habe meiner zweiten Frau versprochen, nicht über das Gift zu sprechen. Ich habe das auch meinem Schwager Groba versprochen. Es war in beiden Fällen Selbstmord. Ich schwöre Ihnen, daß das so ist. Ich schwöre Ihnen, wenn es einen Gott im Himmel gibt! Nur um die Toten zu schützen, habe ich auf der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter etwas anderes ausgesagt.“

Vorsitzender (Kopfschüttelnd): „Angeklagter, lassen Sie das Schwören und lassen Sie auch den lieben Gott aus dem Spiel. Warum sollten Sie denn nicht sagen, daß sich Ihre zweite Frau und Ihr Schwager das Leben genommen haben? Waren Sie so belämmert, vor der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter alles auf sich zu nehmen, weil Sie Toten gegenüber Ihr Wort nicht brechen wollen?“

Angeklagter (stolz): „Zawohl, so bin ich eben! Heute ist der große Tag, an dem die Wahrheit ans Licht kommen soll und muß.“

Vorsitzender: „Das ist für uns alle im Saale ein unverständlicher Ekel, daß Sie mit der Wahrheit gewartet haben, bis Sie jetzt wegen sinnlichen Giftmordes hier vor Gericht stehen. Sie wollen also behaupten, daß Ihre Frau sich umgebracht hat, daß Ihr Schwager, seine Frau, sein Kind und schließlich auch noch sein Schwiegervater?“

Angeklagter: „Zawohl! Und ich muß auch erzählen, wie meine Schwester durch Gift umgekommen ist. Da war ein Nachbar, der hat sie aus Eifersucht mit Coanali ermordet...“

In seinen weiteren Ausführungen gab Just an, daß Groba am 10. September abends zuerst ein Pulver einnahm und dann dieses seiner Frau und seinem Kinde verabreichte. Dies soll Groba getan haben, weil er wegen seiner großen Schulden, die er nicht mehr bezahlen konnte, in den Tod gehen wollte. Auf Verlangen seines Schwagers habe er, Just, aber davon abgesehen, sofort einen Arzt herbeizurufen. Erst am 12. September habe er seinen Arzt kommen lassen, bei dessen Erscheinen Christian Groba bereits tot war. Dem Arzt gegenüber habe er die Ursache des Todes bzw. der Krankheit der Frau Groba und deren Kind verschwiegen, die bald darauf gleichfalls starben. Die tödliche Vergiftung seines Schwiegervaters Türke müsse von dem benannten Kaffee herrühren. Im Krankenhaus, wo Frau Groba und Türke starben, habe er einer Krankenschwester gegenüber ausgesagt, daß die ganze Familie durch den Genuß verdorbener Kaffee erkrankt sei, was der Angeklagte auch ausagt.

Das Kattengift

Just, von dem Drogisten Deser in Welsow erhielt, dem er vergab, das Gift zur Färbung eines Fuchses zu brauchen, will er sich nur deshalb beschafft haben, um sich das Leben zu nehmen, wenn sein Schwager Groba ihn nach Einbringung der Erlöse aus seiner Wohnung verweisen würde. Zum zweiten Male sorgte der Angeklagte sich Arsenik von dem Schmelzmeister Böhmer, von einer Glashütte, um Katten vergiften zu wollen. Das Gift, mit dem seine Frau sich selbst vergiftet haben soll, hätte sie ohne sein Wissen beschafft. Nach der Entscheidung will seine Frau das Gift im Kaffee genommen haben. Das habe sie ihm mitgeteilt und das Versprechen abverlangt, über ihren Selbstmord nichts zu verraten zu lassen. Aus diesem Grunde habe er auch nichts zu dem Urat gesagt. Warum seine Frau aus dem Leben schied, will Just später beantworten.

In der Nachmittagsverhandlung wurde zunächst über die Vernehmungen der Frau Just verhandelt. Dann begann die Vernehmung über die Vorfälle im September auf der Wirtschaft eines Schwagers Groba in Klein-Partwitz. Der Angeklagte gab zunächst an, daß Groba ihm

vergiftete Lebertwurst

gegeben habe, die er jedoch nicht gegessen habe. Einige Tage später habe seine Frau auf dem Felde plötzlich Brechreize

bekommen, die auch noch in der darauffolgenden Nacht anhielten. Diese Brechreize sollen sich nach dem Genuß von Kaffee eingestellt haben. Tags darauf wurden auch er, seine Tochter und sein Schwiegervater nach dem Frühstück krank. Auf dem Schintensbrot, das Groba aufs Feld brachte, soll sich ein weißer Pulver befunden haben, das er jedoch nicht als Gift betrachtete. Selbst Groba habe von den vergifteten Schwaren gegessen und sei gleichfalls wie seine Frau und sein Kind erkrankt. Am Nachmittag starben dann Christian Groba, sein Söhnchen, sein Schwiegervater Türke und schließlich noch die Ehefrau Grobas. Das Gift müsse Groba selbst in die vergifteten Schwaren getan haben. Seine Angaben in der Voruntersuchung, daß er selbst das Gift in das Essen gemischt habe, erklärte Just jetzt für unrichtig, fand jedoch keine bestimmte Erklärung für die Unterlassung gewisser Aussagen bei seinen ersten Vernehmungen.

Zu Beginn der

Beweisaufnahme
wurde als erster Zeuge Kriminalkommissar Kubitzky von der Nordkommission Breslau vernommen, der sehr ausführlich über die Ermittlungen ausagt. Nach anfänglichem Zeugnis habe der Angeklagte die Missetaten eingestanden und als Grund angegeben, daß seine Frau bei der Erbschaft durch Groba benachteiligt worden sei. Beim ersten Male habe er (J.) nur wenig Arsen im Kaffee zugegeben, von dem alle, auch er, genesen hätten, um keinen Verdacht gegen ihn aufkommen zu lassen. Der Familie Groba habe er dann eine größere Menge in Wasser verabreicht unter dem Vorwande, es würde gegen Kopfschmerzen helfen. Als er nach Görlitz übergeführt war, widerrief Just vor dem Untersuchungsrichter dieses Geständnis. Bei seiner erneuten Gegenüberstellung mit dem Zeugen habe er dann nach Vorhalten von Belastungsmomenten

Ein Rehtik aufgelaufen

Wildererprozess

vor der Großen Strafkammer

Am 17. Mai 1932 hörte ein Landjäger einen Schuß aus dem „Schulmeisterbusch“ auf der Feldmark zwischen Bettlern und Zweibrühl fallen, der trotz der Schonzeit einem Rehbock galt. Hinter dem Schulmeisterbusch versteckt wurde ein Bauarbeiter aus Breslau vorgefunden, der eine sechs-Millimeter-Büchse bei sich hatte. Nach Absuchen der Umgegend fand man auch das erlegte Reh und drei Stunden später einen weiteren Wilderer aus Moßhorn im Getreidefeld versteckt, bei dem eine Runkelrübenpistole gefunden wurde. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der Wilderer wurde auch ein wenige Wochen altes lebendiges Rehtik beschlagnahmt. Die Leute gaben an, es sei ihnen im Walde nachgelaufen und sie hätten es aus Mitleid mit der Fische großgezogen, um es später dem Zoo zu schenken.

Beide Wilderer wurden zur Anzeige gebracht und hatten sich dieser Tage wegen gemeinschaftlichen Jagdvergehens und wegen Vergehens gegen das Gesetz über Waffenmißbrauch vor der Großen Strafkammer zu verantworten. Sie bestritten zwar die Absicht gehabt zu haben, zu wildern; der Rehtik sei ihnen „gerade so vor die Finte“ gekommen. Sie wurden zu vier bzw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt und die beschlagnahmten Waffen, Patronen und Schlingen eingezogen, da das Gericht begreiflicherweise die Anreden nicht glaubte und bei dem Ziehpater des jungen Rehtik unterstellte — was allerdings rechtlich anscheinbar erscheint — er habe das Muttertier abgeschossen.

Die Kommunalkonferenz

der Sozialdemokratischen Partei für den nördlichen Landkreis Breslau war am Sonntag, aus allen Orten, mit Ausnahme des Nordostgebietes, wie auch aus angrenzenden Gemeinden des Kreises Neumarkt außerordentlich gut besucht. Im Rahmen eines Referates des Genossen Münchenberger-Scholtz und der nachfolgenden Diskussion wurden zahlreiche kommunalpolitische Fragen der Jetztzeit, insbesondere Mittel und Wege den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie in ihrer grenzenlosen Not beizustehen, erörtert. Mit Nachdruck wurde festgestellt, daß die Sozialdemokratie trotz des Abbaus der Selbstverwaltung und den zahlreichen, unübersehbaren Verordnungen und finanziellen Schwierigkeiten nach wie vor in dem Kampf um

das erste Geständnis wieder auf. „Asterhalten und schließlich auch zugestanden, seine zweite Frau gleichfalls vergiftet zu haben. Schuld an diesem Verbrechen soll seine damalige Schwiegermutter gehabt haben, weil sie darauf bestand, daß seine Frau ihn verlasse.“ Der praktische Arzt Dr. Kubitzky aus Neu-Petershain, der die verstorbene zweite Frau des Angeklagten behandelte, betonte unter anderem, daß er die als lebensfähig bekannte Frau wegen Verschlimmerung ihres Zustandes ins Krankenhaus nach Kottbus überführen ließ. Sehr überrascht war er, als er erfuhr, daß die Frau nicht mehr am Leben sei. Dr. Kubitzky, der Chefarzt des Krankenhauses in Kottbus, konnte bei der Frau nichts Besonderes feststellen. Die furchtbaren Schmerzen sollten sich nach dem Genuß von einem Erbsenstollen eingestellt haben, den sie von ihrem Mann erhielt. Selbstmord durch Vergiftung könne er sich nach dem Verhalten der Frau nicht denken. Kurz nach 21 Uhr wurde die Verhandlung auf heute vertagt.

Sexualmord

an einem jungen Mädchen

Auf einem Feldwege zwischen den Ortsteilen Moischewitz und Strziskow in Pommern-Schlesien wurde die 15-jährige Elisabeth Salomon, Tochter eines Landwirts aus Strziskow auf bestialische Weise ermordet, aufgefunden.

Die Leiche wurde auf dem wenig begangenen Wege durch verüberkommene Landleute gefunden, und wies nicht weniger als 11 Weierliche, und grauenhafte Verwundungen an Armen und Beinen auf. Es besteht der begründete Verdacht, daß ein Sexualmord vorliegt. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben schwerwiegende Verdachtsmomente gegen den 21-jährigen Adalbert Kraus aus Gogolau, der, wie mehrere Zeugen bezeugten, kurz vor der Tat zusammen mit dem ermordeten Mädchen gesehen wurde. Er ist seit der Tat verschwunden. In seiner Wohnung hinterließ er einen Abschiedsbrief an seine Mutter, aus welchem zu folgern ist, daß er nach der Tat Selbstmord beging. Die Polizei ist eifrig daran, die umliegenden Wälder abzusuchen, um den Täter, der sich dort ohne Zweifel verborgen hält, ausfindig zu machen, bzw. seine Leiche zu finden.

das Lebensrecht der Erwerbslosen in vorderster Front steht, wenn sie es auch ablehnen muß, gleich den Kommunisten Erwerbslose zu Aktionen aufzuputten, die dann zum Eingreifen der Polizei Anlaß geben.

Mit einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Genossen Kleiner-Klettendorf wurde die Tagung beendet. Eine weitere Konferenz für den Südkreis findet am kommenden Sonntag in Ströbel statt.

Klettendorf. Der Deutsche Freidenkerverband, Ortsgruppe Hartlieb-Klettendorf veranstaltet am Donnerstag, den 8. Dezember, 20 Uhr, in der Turnhalle in Klettendorf einen Vortragabend mit der in der Arbeiterzeitung beliebten Vortragskünstlerin Margarete Walke-Berlin. Sie wird erheiterte Rezitationen zu Gehör bringen. Weiter wirkt der RWB „Seid einig“, Klettendorf mit. Es wird kein Eintrittsgeld erhoben.

Schönborn. Einem Wilderer wurden am Sonnabend früh von einem Landjäger ein Saal mit im Schönbornener Bezirk gewilderten Fasanen sowie sein 9-Millimeter-Revolver abgenommen.

Schönborn. Diebe besaßen Wohlfahrtsempfänger. In der Nacht wurden hier einem Wohlfahrtsempfänger drei schlachtreife Kaninchen, einem anderen Wohlfahrtsempfänger zwei Kaninchen gestohlen.

Schönborn. Einige Fahrraddiebstähle, deren Leidtragende durchweg Arbeiter waren, konnten dieser Tage aufgeklärt werden. Einer der beteiligten Langfinger wurde verhaftet, gegen den anderen die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet.

Brodau. Wimpelweiche des Reichsbanner vorstrups. Am Sonnabend rief das Reichsbanner Breslau, Abteilung Tschanis, die in ihrem Bereich wohnenden Mitglieder der „Eisernen Front“ zur Wimpelweiche, des erst vor kurzem gegründeten Vortrups. Der Saal bei Wende war dicht besetzt und begeistert marschierte der junge Nachwuchs des Reichsbanners durch den Saal, wo er auf der Bühne Auffstellung nahm, an der Spitze die Wimpel des Brodauer Vortrups und der neu zu wehenden Wimpel. Kamerad Alexander Lenz zeichnete in seiner Weisrede die politische Lage und betonte, daß noch hart gekämpft werden muß, um unser Ziel zu erringen. Nach dem Gedächtnis legte der Vortruppführer aus Breslau das Verhältnis zwischen alten und jungen Kameraden im Reichsbanner dar, worauf die Verjammung mit einem dreifachen „Freiheit“ in das alles begeistert einstimmte, geschlossen wurde.

Kant. Treue der Genossenschaft. Am Sonnabend fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ statt, in welcher Genosse Roske einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage des Vereins erstattete. Einigen in der Diskussion geäußerten Wünschen soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Hierauf trat das allseitig beliebte „Vorwärts-Trio“ in Aktion, das durch seine musikalischen und humoristischen Vorträge die Anwesenden für einige Stunden die Sorgen des grauen Alltags vergessen ließ.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretestr. 17, Gartenhaus (Neuhau), Zimmer 170-174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Funktionäre des Kreises Neumarkt!

Dr. Waldemar von Grumbow
spricht in einem Wochenendkurs sämtlicher Funktionäre des Kreises Neumarkt am Sonnabend, den 10. Dezember, 20 Uhr, und Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Gelber Löwe“ über das Thema:

„Demokratie, Verfassungsreformpläne und Arbeiterschaft“

Da besondere Einladungen nicht mehr ergehen, erwarten wir, daß die leitenden Funktionäre, die interessierte Parteigenossenschaft und die Gewerkschaftler darauf aufmerksam machen. Bildung war nie so notwendig als in der Gegenwart, deshalb sorgt für zahlreiche Besichtigung dieses Wochenendkurses.

Der Kreisvorstand.

Schönbörn. Mittwoch, den 7. Dezember, bei Gohl: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Schönbörn. Donnerstag, den 8. Dezember, 20 Uhr, bei Sarembeck: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Schönbörn. Dienstag, den 8. 12., 20 Uhr, bei Rabitz: Mitgliederversammlung.

Altst. Mittwoch, 7. 12. Frauenunterhaltungsabend. Redner: Genosse Steffen. Jede Frau bringt mindestens einen Kaffee mit.

Klettendorf. Mittwoch, den 7. 12. bei Ehrenberg, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Redakteur Genosse Zimmer.

GLORIA

Heute Premiere
3 1/4, 5 1/4, 7 1/4, 9 1/4

Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin

Der große Sittenroman von

Thea von Harbou

mit **Bertha Thiele**

Erna Moritz, Ed. Wesener und der prominentesten Besetzung, die je vereinigt war

Ein Film aus dem Herzen der Frau

Täglich 3 1/4 und 5 1/4 Uhr

Billige Frauen-Nachmittage für Breslaus Frauenwelt gewähren wir um 3 1/4 u. 5 1/4 folgende Vergünstigung: Auf allen Plätzen auch Logen Einheitspreis 20 Pf.

Telefon 53737

Vorverkauf Breslaus Volkstheater

Ihre Weihnachtsbücher

Gut! Aktuell! Neu!

in der Volkswacht-Buchhandlung
nur Flurstraße 4

Les den Querschnitt durch ein Frauenleben:

Herz in Flammen

Frauenroman von Berte Solinger

Motto: »Keine Arbeiterpartei in der ganzen Welt, die nicht — so oder so — mit von deutschem Gute zehrt. Die deutsche Partei ist Hirn und offene Hand der internationalen«

Dieser Roman, die Gestaltung eines Frauenschicksals unserer Klasse, erschien schon im Verlag Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61, und kostet, 216 Seiten stark, ganz in Leinen gebunden 4,30 RM (für Mitglieder Sonderpreis

Buchhandlung Volkswacht, Breslau, Flurstraße 4.

Der Kampf um den Bauarbeiterlohn

Abgewiesene Unternehmerangriffe

In Mühlhausen sollten die Löhne um 15 Pfennig pro Stunde — von 75 auf 60 Pfennig für Facharbeiter und entsprechend tiefer für Bauhilfsarbeiter — herabgedrückt werden. Die Unternehmer wollten per Anschlag den Lohnabbau erzwingen. Das Arbeitsgericht beurteilte sie jedoch zur Nachzahlung der Tariflöhne. Sie reagierten darauf mit einem zweiten geradezu dreifachen Versuch, den Lohn um 15 Pfennig zu drücken. Niederlegung der Arbeit war die Antwort der Bauarbeiter. Auch hier mußten die Unternehmer schließlich einlenken: nach drei Wochen gaben sie den Kampf auf. Einzeln mußten sie antreten und den gebrochenen Tarifvertrag wieder anerkennen.

In Gotha verjagten die Unternehmer den Lohn von 78 auf 60 Pfennig zu drücken. Auch hier mußten sie nach zwei Wochen Kampf den Tarifvertrag wieder anerkennen. Sie waren eigens aus dem Thüringischen Bezirksarbeiterverband ausgetreten, um sich um die Tariflöhne drücken zu können. Sie mußten aber einsehen, daß sie ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht hatten. Die Bauarbeiter ließen nicht mit sich

spielen, obwohl es ihnen schwer fiel, die radikalen A.G.O.-„Klassenkämpfer“ vom Bau — herunterzuholen. Die A.G.O.-Helden mußten, ob sie wollten oder nicht, mitmachen.

In Jena und Weimar warten die Bauunternehmer nur auf den günstigen Augenblick, um ihre Lohnabbaupläne auszuführen zu können. Auch hier sind sie zunächst aus dem Arbeiterverband ausgeschlossen. Auch ihnen werden die Bauarbeiter, wenn sie fest zusammenhalten, reich klar machen, daß die Lohnräuberei nicht ewig so weiter gehen kann.

Auch in Nordwestdeutschland sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Für Westdeutschland liegt noch kein Ergebnis vor. Im Rheinland, wo ebenfalls die Löhne gekündigt wurden, ist zunächst eine Vereinbarung getroffen worden. Ob sich aber der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen der Vereinbarung anschließen wird, steht noch nicht fest. An den Verhandlungen hat er nicht teilgenommen.

M. 18 Wochenlohn

So werden die Arbeiter der Reichspost bezahlt

Das Postpersonal, vor allem der Postarbeiter, befindet sich wirtschaftlich in einer mehr als erbärmlichen Lage. Das im Gesamtverband organisierte Post- und Telegraphenpersonal hat daher auf einer in Berlin stattgefundenen Reichskonferenz von neuem die Forderung erhoben, daß die Reichsregierung endlich der Postverwaltung den durch Gehalts- und Lohnkürzungen eingeparteten Betrag von 131 Millionen Mark zur Besserung der Personalverhältnisse belässt. Darüber hinaus verlangt die Konferenz Kürzung der Arbeitszeit bei der Post, die zum Teil noch 51 Stunden beträgt, und Herabsetzung der für die Pensionierung der Beamten und die Invalidisierung der Lohnempfänger maßgebenden Lebensaltergrenze von 65. auf das 60. Lebensjahr.

Die schon immer niedrigen Löhne der Reichspostarbeiter sind durch die Notverordnungen der letzten Jahre um 20 Prozent gekürzt worden, und in der Zeit vom 31. Oktober 1930 bis Ende Oktober 1932 wurden 20 000 Telegraphenarbeiter und Posthelfer entlassen. Die jetzt noch beschäftigten 60 000 Lohnempfänger arbeiten verflärt; sie sind nur 40 bis 45 Stunden pro Woche beschäftigt. Sie erhalten zum Teil Nettowochenlöhne von nur 18 Mark. Sie hungern bei schwerster Arbeit.

Trotz dieses unlehrgarten Notstandes verlangt aber nach wie vor die Reichsregierung, daß die Reichspost die durch die Gehalts- und Lohnkürzungen eingepartete Summe von 131 Millionen Mark jährlich an die Reichskasse abliefern. Ein unerhörter Zustand! Er muß verschwinden, wenn die elende Lage der Reichspostarbeiter gemildert werden soll.

Man darf wohl erwarten, daß das Reichspostministerium, nachdem das Reichskabinett jetzt von einem „sozialen General“ geführt wird, für diese Forderung einiges Verständnis aufbringt.

Auch der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost wird sich mit der wirtschaftlichen Lage des Postpersonals beschäftigen und seinen Einfluß geltend machen müssen, damit die Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung der Reichspost für die dringendsten Bedürfnisse des Personals und des Dienstbetriebs verbleiben. Schließlich werden aber auch die Postarbeiter selbst einiges dazu tun müssen, damit ihre Forderung gehört wird. Die freigewerkschaftlichen Postarbeiter werden jedenfalls in allen Dienststellen für die Forderungen der Reichskonferenz mit allem Nachdruck einzutreten.

Die Beschlässe des Verbandsrates, vor allem die beschlossene Zusammenlegung der Reichsabteilungen Post und Telegraphie, Reichs- und Staatsbetriebe fanden auf der Konferenz nach der vom Verbandsvorsitzenden Reigner gegebenen Begründung einmütige Zustimmung.

Lohnstarifänderungen

Der Arbeitgeberverband Deutscher Tafelglashütten hat den Lohnstarif für die deutschen Farbglashütten zu Ende Dezember gekündigt. Er will einen weiteren Lohnaufbau.

Für die Großhamburger Eisenindustrie ist der Rahmenstarifvertrag, der erst vor einiger Zeit wieder in Kraft gesetzt wurde, von den Arbeitgebern gekündigt worden.

Eigenwirtschaftliche Tätigkeit und Wege zur Arbeitsstätte

Immer mehr nähert sich die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes dem Punkte, bei dem die Bekämpfung des Weges von und zur Arbeitsstätte aufgehoben sein dürfte. Nicht genug damit, daß durch Notverordnung ein Verbot des Verkehrs ganz oder teilweise zum Verlust des Anspruches führen kann, wird immer mehr der Gedanke der Eigenwirtschaftlichkeit in den Vordergrund gerückt. Während früher Umwege und kleine Verdingungen, die während der Freizeit vorgenommen waren, sogar Kaiserin, den Weg von und zur Arbeitsstätte nicht unterbrechen, wird jetzt stets eine eigenwirtschaftliche Betätigung unterstellt, welche in den meisten Fällen einen Anspruch ausschließt. Ein Erholungsparcours in einem Park, der am Fabriktor liegt, wird, wenn er nach Ansicht des RVA zu weit ausgedehnt wird, zu einem eigenwirtschaftlichen Unterfangen, welches den Zusammenhang mit dem Betriebe zerlegt und einen versicherungspflichtigen Schadensfall ausschließt.

Recht tragender lag der nachfolgende Fall, in welchem das höchste Gericht der Sozialversicherung einen Schadensfall abschloß. Ein Bauer hatte die Genehmigung des Gewerbes erhalten, der Reparatur seiner Lohrer als Transporter zu betreiben. Auf dem Rückwege zur Gesamtheit erließ ihn das RVA. Er wurde von einem Auto überfahren, wobei er einen Schaden erlitt, der seinen Tod herbeiführte. Den Hinterbliebenen wurde durch Urteil vom 4. Mai 1932 in 4355/31/11 ein Anspruch auf Unfall- und Hinterbliebenen-Rente abgelehnt. Wenn sich auch der Bauer auf dem Wege zur Arbeitsstätte befunden habe, so sei er doch nur einer eigenwirtschaftlichen Betätigung gewidmet, welche einen Anspruch auf Rente ausschloß. Das Urteil, daß

einem Arbeitnehmer, dem das Wert zu einer eigenwirtschaftlichen Betätigung freigeht, wenn er zur Tätigkeit, die er nur kurze Stunden verlassen hat, zurückkehrt, sich auf einem Betriebswege befindet und Anspruch auf Leistung aus der Unfallversicherung hat. Hoffentlich wird eine spätere Regelung dieser so schwierig gewordenen Materie solche Urteile ausschließen.

Geringfügige Beschäftigung und Arbeitslosenhilfe!

Bekanntlich müssen die in Beschäftigung stehenden Personenteile außer den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen noch eine Arbeitslosen-Beihilfe zahlen. Jetzt sind glücklicherweise Rentenempfänger von dieser Steuer befreit. Ferner sind auch Personen von der Leistung der Arbeitslosenhilfe entbunden, welche nur einer sogenannten geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Eine geringfügige Beschäftigung ist bekanntlich eine solche, in welcher wöchentlich weniger als 10 Mark oder monatlich weniger als 45 Mark erworben werden.

Jetzt ist vom Reichsfinanzminister festgelegt worden, daß eine solche geringfügige Beschäftigung auch dann besteht, wenn eine Person mehrere derartige Beschäftigungen, allerdings bei verschiedenen Arbeitgebern, durchführt. Selbst dann, wenn die Einkommensgrenze insgesamt durch die Zusammenlegung der verschiedenen Arbeitsentlohnungen überschritten wird, bleibt die

Sozialpolitischer Wiederaufbau

Die Totalpleite des Papenturfes auf sozialpolitischem Gebiet muß für die Arbeiterschaft Veranlassung sein, schon jetzt, wo nach allgemeiner Auffassung die Krise ihren Tiefstand erreicht hat, für eine Lösung des Problems des sozialpolitischen Wiederaufbaues den Weg frei zu machen. Gewiß werden im Laufe des Winters noch dringlichere Fragen und Sorgen bewältigt werden müssen; denn jeder wahrheitsliebende wird in Sorge die Nazi-Koalition, die bei dem Berliner Verkehrsstreik so schon in Erscheinung getreten ist, für die Schaffung von unruhigen Konfliktfeldern redlich bemühen. Das darf aber nicht davon abhalten, gerade jetzt im Zusammenhang mit den Mißerfolgen Papens von neuem die Irrtümer der sozialreaktionären Front, die unter dem Druck der Krise so manchen Kopf verwirrt haben, aufzuheben, damit rechtzeitig eine vernünftige und fruchtbare Erörterung über den Grundriß des sozialpolitischen Wiederaufbaues in Gang kommt.

In der Arbeitslosenfrage hat der Papenturf einen vollen Misserfolg zu verzeichnen, und zwar sowohl arbeitsmarktpolitisch wie auf dem Gebiet der Unterstützungsregelung. Auch sein Vorstoß gegen das Tarif- und Schlichtungsrecht muß als ein voller Misserfolg betrachtet werden. Problematischer liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Sozialversicherung; denn die Herrscheiter sind nicht dazu gekommen, von der rührerischen Blattonomik zur reflexiven Umfrömpelung der deutschen Sozialpolitik, die sie sich vom Reichspräsidenten geben ließen, Gebrauch zu machen, und so auch hier sich selbst zu widerlegen. Immerhin ist auch hier bereits der Generalirrtum festgestellt: die sogenannte Krise der Sozialversicherung, von der die sozialreaktionäre Front so gerne spricht, ist keine Krise der Sozialversicherungssysteme, das heißt der inneren oder äußeren Struktur der Sozialversicherungswege, sondern nichts anderes als die fast automatische Folge der Wirtschaftskrise. Die wirtschaftliche Basis der Sozialversicherung kann entscheidend nur gestärkt werden durch Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Wiederherstellung eines ausreichenden Lohnniveaus. Sobald diese beiden Voraussetzungen gegeben sind, werden die Finanzierungschwierigkeiten der Sozialversicherung, abgesehen von Spezialfällen wie dem der Knappheit, sehr schnell ihr gefährliches Aussehen verlieren.

Auch darf man jetzt wohl annehmen, daß allmählich eine gewisse Klärung des Sozialversicherungsbegriffes eingetreten ist. Der soziale Zweck jeder Sozialversicherung ist die Versorgung von Arbeitnehmern, denen die Verwertung ihrer Arbeitskraft dauernd oder vorübergehend, ganz oder teilweise unmöglich gemacht wurde. Der Gesichtspunkt der ausreichenden sozialen Versorgung muß deshalb beim Wiederaufbau der Sozialversicherung leitend bleiben, so zum Beispiel auch in der Frage der Relation zwischen Rente und Lohn. Sind die Renten der Invalidenversicherung allgemein aufhebungsbedürftig, dann kann man nicht mit dem Hinweis auf eine inzwischen erfolgte Vollaufnahme eine Kürzung des ohnehin schon nicht ausreichenden Rentenbezuges rechtfertigen wollen. Die einzelne Sozialleistung bleibt nach wie vor auch maßgebend in der Debatte über den Sozialetat der Versicherungsnehmer. Nicht an der Höhe der gesamten sozialen Ausgaben, sondern nur an der Höhe der einzelnen Sozialleistungen

betreffende Person von der Abgabe zur Arbeitslosen-Beihilfe befreit. Sie ist unter denselben Voraussetzungen im Hinblick auch nicht versicherungspflichtig in der Arbeitslosenversicherung.

Wichtige Winke für Doppelrentner

Je mehr die Möglichkeit besteht, einen Überblick über die Auswirkungen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 zu erhalten, desto klarer wird, daß bei den verschiedenen Versicherungsströmungen die zuwiderlaufendsten Anschauungen über die Auslegung der Notverordnung bestehen. Da sich diese Verordnung in wichtigen Punkten auf die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 stützt, seien hier nochmals wichtige Gesichtspunkte für Doppelrentner wiedergegeben. Wer eine Unfallrente oder Bezüge aus der Reichsversorgung hat, dem muß aus der Knappheits- oder Invalidenversicherung der Betrag der Rente gekürzt werden und zwar für den Altrentner aus der Unfallversicherung, d. h. für solche, welche bereits vor dem 1. Januar 1932 Renten aus den angegebenen Versicherungen bezogen nach Abzug eines Betrages von 25 Mark an der Unfallversicherung. Bei Kriegsbeschädigten gilt nach der neuesten Notverordnung dieser Sperrbetrag auch für später festgelegte Bezüge. Nun hat die Notverordnung vom 11. Juni 1932 festgelegt, daß Personen, denen auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bereits Invaliden- oder Knappheitsrenten ganz oder teilweise zum Ruhen gebracht sind, weil sie eine Rente aus der Unfallversicherung oder aus der Reichsversorgung beziehen, die Invaliden- oder Knappheitsrente nicht um 6.— Mark gekürzt werden darf, wenn durch die erwähnte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 diese Renten auf 50 Prozent oder darunter gekürzt sind. Es muß jedoch von den Betroffenen ein entsprechender Antrag bei der zuständigen Versicherung gemacht werden. Viele haben das aus Unwissenheit nicht getan, wie die Erfahrung gelehrt hat. Es gilt jetzt das nachzuholen.

Der russische Außenhandel

welt für die Monate September-Oktober einen Ausfuhrüberschuss aus. Diese Entwicklung findet allenthalben eine starke Beachtung. Im Grunde genommen zeigt sie, wie stark der russische Außenhandelsaufbau von der Weltwirtschaftskrise erfaßt worden ist. Wenn Frankreich noch Rußland, die eine Zeitlang als Konjunkturimpuls galten, sind von der Krise verschont geblieben.

Das bessere Ergebnis im russischen Außenhandel dürfte einmal darauf beruhen, daß die Russen ihre Getreideexporte nach der Ernte stark steigerten. Ähnliches erleben wir jedes Jahr auf dem Getreidemarkt. Im vorigen Jahre verringerte sich zum Beispiel die Positivität des russischen Außenhandels ganz bedeutend, ohne daß es jedoch zu einem Ausfuhrüberschuss kam. Dieses Mal kam zu den Verbesserungen des russischen Außenhandels durch die gesteigerten Getreideexporte noch eine weitgehende Einschränkung der Einfuhren. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Weltwirtschaftskrise den russischen Industrieaufbau ganz empfindlich hört. Der Industrieaufbau erfolgt in Rußland mit Hilfe von Krediten, die aus kapitalistischen Ländern heringeholt werden. Es handelt sich aber nicht um Barkredite, sondern um Kredite in Waren. Mit der fortschreitenden Krise haben sich die Möglichkeiten verringert, solche Warenkredite durchzuführen. So ist die russische Wareneinfuhr während der ersten neun Monate des laufenden Jahres auf etwa 550 Millionen Rubel zurückgegangen (gegen rund 805 Millionen Rubel in der Zeit des Vorjahres. Rückgang um 32 Prozent). In dem Rückgang spiegeln sich gedrohte Kreditaktionen. Der Rückgang in den Auslandskrediten dürfte auch nicht größer sein, als die Zahlen der russischen Wareneinfuhr erkennen lassen, denn die Russen haben die Einfuhr von Verbrauchsgütern seit Monaten stark verringert, während sie die Importe von Produktionsgütern, also die Einfuhren an Maschinen, Werkzeugen usw., zum Beispiel aus Deutschland, England und Frankreich, sogar noch steigerten.

Wo wirklich eine Reform notwendig ist, gingen die maßgebenden Stellen bis jetzt um das Problem herum wie die Katz um den heißen Brei. Für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung ist bis jetzt so gut wie nichts geschehen. Diese Vereinheitlichung ist für die Gewerkschaften neben ihrer Forderung auf Stärkung der Selbstverwaltung seit langem ein wichtiges Kampziel. Nicht zu lösen ist das Organisationsproblem nicht, denn es hängt auch mit der allgemeinen Staats- und Verwaltungsreform zusammen. In einer klaren Erziehung des Einflusses der Überbürokratie durch den Einfluß der Reichsbürokratie haben die Gewerkschaften kein Interesse. Sie wollen eine Vereinheitlichung, die es der Sozialversicherung ermöglicht, ihre Aufgaben frei von partikularistischen Tendenzen im Reichsmaßstab einheitlich und gleichmäßig zu erfüllen.

Die Frage der Sozialversicherungsreform ist im tiefsten Grunde eine Frage der Staatsgesinnung. Sie verlangt daher eine klare Entscheidung zwischen individualistischem und kollektivistischem Denken. Der Versuch, die Arbeiterklasse in Berufsstände aufzuspalten und damit Privilegien kleiner Schichten zu schaffen, während ein großer Teil ins Leere fällt, jeder Versuch, die Sozialversicherung in ihrem Gedeih und Verderb abhängig zu machen von der Zufälligkeit der Prosperität eines Gewerbes oder eines Bezirkes muß aufs stärkste bekämpft werden. Die Sozialversicherung muß vom Prinzip der Solidarität befreit werden. Dieses Prinzip, das zum Beispiel auch für die Krankenversicherung die Bedeutung eines Gesetze hat, ist ausgleichend in den Vordergrund rückt, ist wichtiger als der etwa aus der Not des Augenblickes geborene Gedanke, Mehrleistungen auf der einseitigen freiwilligen Beitragsleistung der Versicherten aufzubauen. Eine Sozialversicherung, die Bestanden haben soll, muß auf der Basis einheitlicher Leistungen und Beiträge ruhen; muß gesichert sein gegen eine Atomisierung durch Verjüngung der künftigen Klassen aus der großen Masse der Versicherten loszulassen, um darauf Sonderklassen aufzubauen. Nicht vereinzelte Spitzenleistungen einzelner Klassen, sondern Sicherung eines ausreichenden Durchschnittsniveaus der Leistung ist das wesentliche.

Im Kampf um den sozialpolitischen Wiederaufbau muß die Arbeiterschaft heute mehr denn je ihr großes Gemeinwohlsideal, die Gedanken des Kollektivismus herausstellen. Dieses Gemeinwohlsideal möchte die Sozialreaktion fördern, weil es nur zu einem Sieg von Dauer dananzutreiben kann. Und also muß zur Verteidigung dieses Ideals der geschlossene Widerstand der Arbeiterschaft eingeleitet werden.

Der Anschlag auf ein Kaufhaus in Osterode vor Gericht

Das Allensteiner Sondergericht begann gestern die Verhandlung gegen vierzehn junge Leute, die des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und der Denkmalsbeschädigung angeklagt sind.

Vor dem sildischen Kaufhause Lonty in Osterode war am 9. August d. J. ein Sprengkörper aufgefunden worden. Er war aus einem Ausbläser hergestellt, den man aus der Umfriedung des Trübner Heidenriedhofes herausgebrochen hatte. Das Gelingen des Anschlages war durch das Hinzukommen mehrerer Passanten verhindert worden. Da die meisten der in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten geständig sind, rechnet man mit einer Dauer des Prozesses von drei Tagen.

Ein Hochverratsprozess vor dem Reichsgericht

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern der Prozess gegen den Fahnenjunker-Untersoldat Karl Eberhardt, dem zur Last gelegt wird, im Juni 1931 während seiner Ausbildung auf der Dresdener Infanterieschule unter seinen Kameraden Propaganda für kommunistische Ideen gemacht zu haben. Er soll ferner den örtlichen kommunistischen Stellen angeboten zu haben, Propaganda in der Reichswehr zu treiben. Zur Verhandlung sind mehrere Sachverständige und 17 Zeugen geladen. Der Prozess wird sich voraussichtlich die ganze Woche über hinziehen.

Hindenburg auf Schallplatten

Der Reichspräsident hat seine am 4. Oktober d. J. gehaltenen Dankansprache zu Gunsten der Hindenburgspende für den Schallplattenhandel freigegeben. Diese Ansprache zusammen mit Hindenburgs letzter Silberverkündigung ist jetzt als Schallplatte in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Der Prozess der vier Jahreszeiten

In der oestriachen Verhandlung des Caro-Beisiegel-Prozesses in Berlin behandelte Justizrat Drucker bei der Fortsetzung seines Plädoyers für den Nebenkläger noch einmal die Vorfälle bei der Zwangsvollstreckung im Hause Caros, bei der durch den Gerichtsvollzieher die Quittung sichergestellt werden sollte. Wenn jemand informiert über die Vorgänge bei dieser Zwangsvollstreckung hätte sein können, so wäre das höchstens der Nebenkläger gewesen. Es sei unbedenklich, daß bei einem einfachen Mann eine Zwangsvollstreckung über fünf Stunden dauere. Das Zauberkunststück des Angeklagten, die Quittung zu vernichten, wäre zweifellos mißlungen, wenn der Gerichtsvollzieher schneller gehandelt hätte. Justizrat Drucker polemisierte dann gegen die Staatsanwaltschaft und betonte sich zuletzt in eingehenden juristischen Ausführungen mit der von Professor Eisberg vertretenen Ansicht, daß das Verbrechen an dem unheilbaren Mangel liege, daß die Nebenklage vom Kammergericht nicht hätte zugelassen werden dürfen. Heute, nachdem sämtliche vier Jahreszeiten über den Prozess hinweggegangen seien, könne man sich nicht zu dem Ergebnis kommen, daß er gar nicht hätte beginnen dürfen. Die Weiterverhandlung wurde dann auf Dienstag vormittag angelegt.

Einreiseerlaubnis für Professor Einstein nach Amerika

Wie der Berliner amerikanische Generalkonsul berichtet, hat er Professor Einstein die bei Einreiseerlaubnissen nach Amerika üblichen sechsteilig vorgefertigten Fragen vorgelegt. Er sei der Überzeugung, daß nichts vorliege, was Professor Einstein vom Besuch der Vereinigten Staaten ausschließen könnte. Er werde daher ihm und Frau Einstein am Dienstag das Einreisevisum erteilen.

Gustav Meyrink

In Starnberg (Oberbayern) verstarb Gustav Meyrink. Er war ursprünglich Bankier, gehörte zur Prager „Gesellschaft“. Plötzlich machte ihn eine Skandalaffäre in seiner Heimat „unmöglich“, ein militärischer Ehrentat sprach Herrn Meyer, wie er damals noch hieß, die Satisfaktionsfähigkeit ab. Man konstatierte ihn, das Bankhaus geriet in Konkurs, Meyer wanderte aus ... und wurde, nunmehr unter dem Namen Gustav Meyrink, ein hervorragender Schriftsteller. Jetzt veröffentlichte er Kurzgeschichten im Münchener „Simplicissimus“. In dem Roman „Der Golem“ gab er ein farbenhaftes Bild aus seiner alten Heimat. Zuletzt fingen ihn okkultistische Träumen. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht.

18-jähriger Münzfälscher

In Sielefeld wurden drei junge Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren verhaftet. Sie haben gemeinsam Falschgeld hergestellt und verbreitet.

Raubüberfall

In Dittweiler bei Tachen wurde ein Kassenrentant nachts in seiner Wohnung von maskierten Räubern überfallen und mit vorgehaltenem Revolver zur Öffnung des Geldschrankes gezwungen. Den Verbrechern fielen 3000 Mark in die Hände. Sie sind unerkannt entkommen.

„Janatismus“

Auf merkwürdige Art verschafften sich arbeitslose junge Leute Zutritt zum Kölner Sechstagerrennen in der Rheinlandhalle. Auf einem neben der Sporthalle liegenden leerstehenden Fabrikgelände gruben sie ein Loch, erzielten einen drei Meter tief gelegenen unterirdischen Gang, arbeiteten sich weiter und gelangten so unter die Rennbahn. Nachdem sie alle Hindernisse aus dem Wege geräumt hatten, riefen sie auf eine eiserne Tür, entfernten die Ketten und kamen in die Halle. Etwa 30 Eindringlinge sind von den Wächtern festgenommen worden. Einer von ihnen war bei dem waghalsigen Unternehmen in den Fußsicherheitsgeheul gestürzt, wobei er zahlreiche Verletzungen erlitten hatte.

Um 68 000 Mark

In einigen Tagen wird vor dem Zivilgericht Bayreuth über den Entschädigungsanspruch des siebenjährigen Brauereibesizers Kommerzienrats Reuböcker verhandelt, der unter dem Verdacht der Ermordung seiner Frau monatelang im Gefängnis saß, nachdem die wehren Mörder lange ein Schuldbekenntnis abgelegt hatten. Reuböcker hat den bayrischen Justiz um eine Entschädigung in Höhe von 68 000 Mark verlangt. Dieselben Richter, die seinerzeit die Haftentlassungsanträge Reuböckers abgelehnt hatten, sollen jetzt über die moralische Berechtigung des Entschädigungsanspruchs verhandeln. Die wirklichen Mörder, zwei Männer namens Schubert und Popp, an deren Schuld die Staatsanwaltschaft Bayreuth unbegreiflich lange gezwweifelt hatte, sind seinerzeit wegen schweren Raubes mit sofortigem Ausgang zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Löhnende Ornamente



Der Berliner Forscher Rühm ist der Schöpfer einer neuen Art Klavier: er zeichnet Ornamente, die dann in elektrische Schwingungen umgesetzt und als Musik aus einem Lautsprecher wiedergegeben werden. Unsere Aufnahme zeigt Rühm beim „Komponieren“ einer neuen Melodie.

Paroxysmum der Zeit

Dieses war der letzte Streich ... Um dem bekannnten dringenden Bedürfnis abzuhelfen, läßt der Verlag der „Fliegenden Blätter“ jetzt Wilhelm Rühms „Mag und Morik“ auf lateinisch erscheinen!

Opfer des hl. Eris

Zweihundert Singvögel sollten von Desterreich nach der Tschekoslowakei geschickt werden. An der Grenze wurde die Sendung aufgehalten, da sie gegen die Desinfektionsbestimmungen verstieß. Abiender und Empfänger verhandelten mit den Behörden; endlich wurde die Freigabe erreicht. Leider war es einen Tag zu spät; denn als die Vögel am Reiseziel anlangten, waren sie verhungert.

Statistik der Landtrage

Anläßlich der Jubiläumsfeier einer norddeutschen Wanderherberge wurde darauf hingewiesen, daß die schätzungsweise Zahl der „Lippelrüder“ in Deutschland zurzeit 600 000 Männer und 12 000 Frauen betrage. Darunter befinden sich Angehörige aller Berufe.

Kurioza der Not

Die Katastrophe der kleinen Landgemeinden und Mittelstädte schreitet unaufhaltbar vorwärts. In Tzherm (Wfalz) haben die Gemeindefunktionen schon seit vielen Wochen keine Gehälter mehr erhalten; die Wohlfahrtsunterstützungen der letzten Jahrlage konnten nur aufgebracht werden, nachdem der Bezirksamtmann ein privates Darlehen aufgenommen hatte. Die beiden Thüringer Landgemeinden Meuselbach-Schwarzühle haben die Erhebung der Bürgersteuer in Höhe von 2400 Prozent des Landeslages vorgezogen. In Eiserfeld und Gosenbach im Rheinland, zwei Industrie-gemeinden, mußten die Volksschulen geschlossen werden, weil in der Gemeindefasse kein Geld für Heizmaterial vorhanden ist. Dort stehen etwa 95 Prozent der Arbeiterbevölkerung in öffentlicher Fürsorge. In Solingen, der Stahlstadt, werden von 140 000 Menschen 60 000 aus öffentlichen Mitteln unterhalten; die Stadt ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. In Teublitz jähden die Wohlfahrts-emfänger ihre Kinder nicht mehr zur Schule, da sie bei den niedrigen Unterstühtungsätzen den Kindern keine ausreichende Kleidung verschaffen können.

Ein verfallendes Dorf

Im Hunstüd verfiel das Dorf Waldalgesheim seit Jahren immer tiefer in die Erde. Während des Krieges wurde hier Raubbau an Manganganerzen getrieben; nach dem Krieg stellte man die Förderung ein, ohne die Schächte zuzuschütten. Daraufhin zeigten sich Risse in den Häusern, ganze

Strahenzüge verschwanden langsam im Erdboden, mitten im Dorf bildeten sich tiefe Wasserlöcher, ein See entstand. Von fast dreihundert Häusern sind fünfzig schon verschwunden.

Gibt es noch Analphabeten?

Eine neue Statistik stellt fest, daß von den Einwohnern über 10 Jahren weder lesen noch schreiben können: in Frankreich 5,9 Prozent, Polen 32,7 Prozent, Portugal 65,2 Prozent, Griechenland 43,4 Prozent, Rußland 48,7 Prozent, Indien 90,6 Prozent. In Deutschland, Skandinavien, England, Holland, Desterreich und der Schweiz ist der Analphabetismus gleich Null.

Reisenspart — wofür?

Am Freitagmittag wiesen die Bahnsteige des Wiener Zentralbahnhofs einen Andrang auf, wie man ihn hier seit Beginn des Weltkrieges nicht wieder beobachtet hat: die österreichische Fußball-Ländermannschaft reist zum Fußballkampfe gegen England ab. Als 5000 Personen auf die Bahnsteige zugelassen waren, wurde der Kartenerwerb eingestellt.

Schiffbruch eines norwegischen Fischkutters

Bei einem heftigen Sturm, der sich plötzlich erhob, erlitt ein Fischkutter vor Tromsø schweren Schiffbruch: Fünf Mann der Besatzung kamen ums Leben.

Der amerikanische Hungermarsch

Den umfassenden Vorbereitungen der Polizei ist die schwere Aufgabe gelungen, die aus zwei Himmelsrichtungen auf Washington zutommenden Karawanen von Arbeitslosen, notleidenden Farmern und Kommuniten in Lastwagen und Privatautos ohne größere Störungen in ein Konzentrationslager am Außenrande der Stadt zu bringen, wo sie ein hartes Bettelauflage Tag und Nacht bewacht und durch weitgehende Absperrungen jegliche Berührung mit dem Publikum verhindert wird. Die Demonstranten dürfen morgen einzeln in die Stadt hinein, jedoch sind Umzüge verboten und um das Capitol ist eine Banneile gezogen, die von Sondertruppen aus Polizisten und Feuerwehrlenten abgeperrt wird.

Troeki in Antwerpen

Leo Troeki ist am Sonntag abend mit seiner Frau an Bord des Dampfers „Bernstoff“ in Antwerpen eingetroffen. Er darf das Schiff nicht verlassen. Der Zugang zum Quai ist gesperrt. Montag wollte Troeki die Reise nach Dänemark fortsetzen.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Rotman



Oben, auf dem ersten Stock, sitzt die ganze Familie des Bürgermeisters bei Tische. Die Magd hat gerade den dampfenden Schüssel aufgetragen. Aber der Bürgermeister liebt keinen Fisch. „Fleisch will ich haben!“, ruft er aus, mit der Faust auf den Tisch schlagend. „Fleisch was auf den Tisch kommen, sofort!“



Bums! Kaum hatte der Bürgermeister ausgerebet, als drunten, der Straßenbahnwagen sich mit einem gewaltigen Krach in das Haus hineinbohrte. Gambo, der wenig Lust hatte, den Kopf an der Mauer zu zerplatzen, nahm einen zweifelten Sprung und landete, quer durch das Fenster, gerade im Speisezimmer!